

INTEGRATION VOR ORT

Praxiserfahrungen aus dem Ruhrgebiet



Brost
Stiftung

BA | PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

IMPRESSUM

Die Publikation wird herausgegeben im Auftrag des Vereins für Forschung und Lehre praktischer Politik e.V. Umsetzung durch die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH.

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH,
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Karsten Jung (V.i.S.d.P.)

Jasmin Sandhaus

Taner Ekici

Bettina Sacher

Layout und Satz

Kreativ Konzept – Agentur für Werbung GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

INTEGRATION VOR ORT

Praxiserfahrungen aus dem Ruhrgebiet

Brost
Stiftung

BA | PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

INHALT

■ GRUSSWORT VON DR. BORIS BERGER	SEITE 07
■ VORWORT VON PROF. BODO HOMBACH	SEITE 08
■ BERICHTE ZU DEN VERANSTALTUNGEN	
□ 14. FEBRUAR 2017: ESSENER FORUM ZUM THEMA „LEADERSHIP- FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEITEN AUS MIGRANTENCOMMUNITIES STÄRKEN“	SEITE 10
□ 29. MÄRZ 2017: BONNER FORUM ZUM THEMA „VONEINANDER LERNEN- INNOVATIVE INTEGRATIONSPROJEKTE IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN VERGLEICH“	SEITE 12
□ 17. MAI 2017: PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „SCHMELZTIEGEL RUHRGEBIET – ÜBER DAS ZUSAMMENLEBEN DER KULTUREN IM REVIER“	SEITE 14
□ 22. JUNI 2017: PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „DAS GRUNDGESETZ – EINE WERTEORDUNG FÜR DAS EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND?“	SEITE 16
□ 4. JULI 2017: ESSENER FORUM ZUM THEMA „SOZIALES ENGAGEMENT IM WANDEL – INNOVATIVE AKTEURE IN DER ZIVILGESELLSCHAFT UND WAS MAN VON IHNEN LERNEN KANN“	SEITE 18

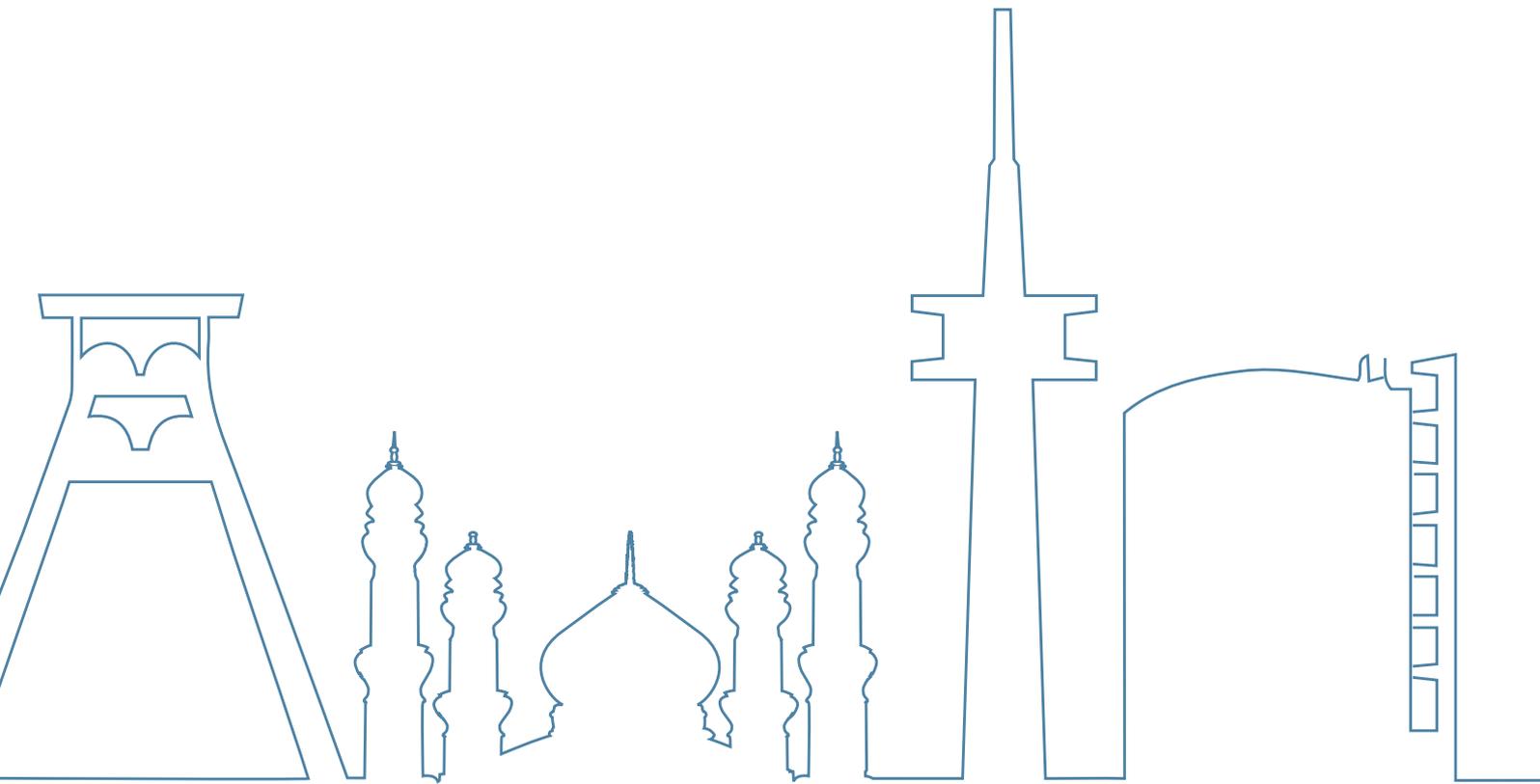
- „ICH MACH‘ MEIN DING“ – WIE SUBJEKTIVIERUNG UND DIGITALISIERUNG
DAS SOZIALE ENGAGEMENT VERÄNDERN SEITE **20**
**PROF. DR. ROLF G. HEINZE / FABIAN BECKMANN / DR. FABIAN HOOSE /
DR. ANNA-LENA SCHÖNAUER**

- MUSLIMISCHE GEMEINDEN ALS KOMMUNALE AKTEURE SEITE **28**
PARTIZIPATION ALS GRUNDSATZ UND ZIEL
SEBASTIAN JOHNA / LENA WESTERBARKEY

- GUTES BESSER MACHEN – POTENZIALE GANZHEITLICHER SEITE **34**
PROJEKTANSÄTZE IN DER INTEGRATIONSARBEIT
PROF. DR. VOLKER KRONENBERG / JASMIN SANDHAUS / MARCO JELIC

- DIE COUNCIL OF PEOPLES ORGANIZATION – HERZ DER COMMUNITY SEITE **42**
MOHAMMAD RAZVI

- WIE WIR LEBEN WOLLEN – WERTE, KULTUR UND TRADITIONEN SEITE **48**
IM EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND
PROF. DR. BASSAM TIBI



GRUSSWORT

VON DR. BORIS BERGER



Dr. Boris Berger
Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik

Lange Zeit galt das Ruhrgebiet als Schmelztiegel der Kulturen und Paradebeispiel für gelungene Integration. Doch ein genauerer Blick zeigt, dass schon die Integration der sogenannten ‚Ruhrpolen‘ niemals so reibungslos verlief wie es in der Rückschau oft erscheint. Auch die türkischen Gastarbeiter kamen zunächst vor allem, um in ein paar Jahren Arbeit in den Gruben und Zechen des Ruhrgebiets genügend Geld für ein besseres Leben in der Heimat anzusparen.

Solange es ausreichend Arbeit unter Tage gab, funktionierte das Zusammenleben der Kulturen - auch wenn sich die Wege hinter den Werkstoren häufig trennten. Kohlekrise und Strukturwandel führten allerdings dazu, dass viele türkische Gastarbeiter ihre Jobs verloren. Eine Rückkehr in die alte Heimat kam für die meisten von ihnen dennoch nicht mehr in Frage: Längst waren sie im Ruhrgebiet heimisch geworden und hatten ihre Familien nachgeholt. Auch die wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei erschwerte eine Rückkehr.

Von politischer Seite wurden dennoch lange Zeit die Augen vor der Tatsache verschlossen, dass diese Menschen dauerhaft im Ruhrgebiet bleiben würden. Auch deshalb mangelte es an Integrationsangeboten, die den Menschen dabei halfen, sprachliche oder kulturelle Hürden zu überwinden und in unserem Land anzukommen. Genauso wenig wurde jedoch von den türkischen Arbeitsmigranten oder ihren nachgezogenen Familien ein Wille zur Integration erwartet. Das hat sich mittlerweile geändert!

Deutlich sichtbar wird dies auch an den zahlreichen Integrationsprojekten, die sich mittlerweile im Ruhrgebiet etabliert haben. Diese sollen den Menschen, die zum Teil in der dritten oder sogar vierten Generation bei uns leben, endlich gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen und dazu beitragen, dass wir nicht länger nur nebeneinander her, sondern auch miteinander leben. Sie konzentrieren sich dabei auf ganz

vielfältige Ziele – etwa Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, durch Theaterworkshops das Selbstbewusstsein zu stärken oder muslimischen Senioren einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen.

Mit dieser Vielfalt beschäftigt sich das Forschungsprojekt „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“, das der Verein für Forschung und Lehre praktischer Politik gemeinsam mit der Bonner Akademie und der Brost-Stiftung durchführt. Bald drei Jahre lang begleitet das Projektteam innovative und vielversprechende Initiativen in den Ruhrgebietsmetropolen Duisburg, Essen und Gelsenkirchen. Dabei hat es umfassende Einblicke in die Projektarbeit gewonnen. All diese Initiativen haben eins gemein: Sie fördern auf ganz unterschiedliche Weise die Integration von Muslimen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft.

Die nun vorliegende Publikation beleuchtet diese Projektlandschaft indem sie der Frage nachgeht, in welchen Bereichen das Ruhrgebiet besonders stark aufgestellt ist - aber auch wo Potentiale noch zielgerichteter genutzt werden könnten. Neben den im Rahmen unseres Forschungsprojekts gewonnenen Erkenntnissen freue ich mich besonders, dass renommierte Wissenschaftler und Experten zu dieser Publikation beitragen, die unserem Projekt schon lange verbunden sind und es mit ihren Ideen und Ansätzen wesentlich bereichert haben.

Dr. Boris Berger
Vorsitzender des Vereins für Forschung
und Lehre Praktischer Politik

VORWORT

VON PROF. BODO HOMBACH



Prof. Bodo Hombach
Präsident der
Bonner Akademie

Seitdem Christian Wulff das Stichwort gab, ist es Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung: „Der Islam gehört zu Deutschland“.

Wer sich dem Thema nähert, findet Gründe, welche die These des gewesenen Bundespräsidenten stützen. Nicht nur in Europa – man denke an Spanien oder den Balkan –, auch im engeren Bereich Deutschlands haben „Söhne des Propheten“ Spuren hinterlassen. Sie reichen von der Freundschaft Karls des Großen mit dem Kalifen von Bagdad über den kollateral nützlichen Kulturaustausch während der Kreuzzüge, den wissenschaftlichen und philosophischen Transfer islamischer Hochkulturen für die Scholastik des Mittelalters bis hin zu den rund vier Millionen muslimischen Bundesbürgern, die uns heute täglich begegnen. Aus Theater- und Operngeschichte sind islamische Motive nicht wegzudenken. Die „Erzählungen aus tausend und einer Nacht“, Goethes „West-östlicher Diwan“ und – am anderen Ende – Karl Mays Orient-Romane besiedeln deutsche Bücherschränke. Wer auf nationalistische Scheuklappen verzichtet, weil ihm vielleicht die klein gewordene Welt nicht zu groß ist, findet in der islamischen Welt und Geschichte belebende Impulse. Er rechnet mit arabischen Ziffern, und sein Computer funktioniert nur, weil arabische Mathematiker die Null erfunden haben. Zweifellos gehört der Islam zur Weltkultur. Wir stehen also vor der Frage, ob auch Deutschland zur Weltkultur gehört.

Warum nun die aktuelle Debatte? Warum die Hitzigkeit, mit der sie in Talkshows und Leserforen geführt wird? Die Gründe liegen weniger im Kopf als auf der Hand. Islamistischer Terror, Bürgerkriege im Vorderen Orient, echte Flüchtlingsströme und Aufbruch vieler in sozial abgedeckte Gesellschaften, pseudo-religiös überbaute Diktaturen und unverhohlene Aggression Enttäuschter und solcher, die schnell und gern beleidigt sind – das in einer unübersichtlichen Welt nährt die Sehnsucht nach einfachen Erklärungen. Ab- und Ausgrenzung erscheinen als probates Mittel. Vorurteile bieten seelische Entlastung, Demagogen öffnen bereitwillig ihren Musterkoffer, und mit dem Internet steht seit kurzem für jedermann ein „Volksempfänger“ mit Weltverstärker zur Verfügung.

Auf der anderen Seite erweist sich das rituelle Gesundbeten tatsächlicher Probleme durch selbsternannte Moralagenturen oder Wortkontrolleure als gefährlich falsche Alternative.

Zweifellos ist der Islam in einer Krise. Sie begann im 19. Jahrhundert, als fast die gesamte muslimische Welt unter der Herrschaft pseudo-christlicher Kolonialmächte stand. Damals deuteten islamische Geistliche die militärische Überlegenheit des „Westens“ als Schwäche des real existierenden Islam. Navid Kermani erinnert an den ägyptischen Reformator Muhammad Abduh. Der sagte nach einer Reise, er habe in Europa den Islam gefunden, aber keine Muslime. In der islamischen Welt gebe es da-

gegen Muslime, aber keinen Islam. Unfreiwillig wurde er Vater des islamischen Fundamentalismus, nicht unähnlich – so Kermani – den „Prinzipien des damaligen Protestantismus mit seiner strikten Schriftgläubigkeit, Bilderfeindlichkeit, Abwertung der Tradition, der Volksfrömmigkeit und Sinnlichkeit, der Ablehnung der Heiligenverehrung, der Schönheit und Pracht der Architektur. Es gibt auch keinen Klerus und kein Lehramt, sondern jeder kann den Koran auslegen und interpretieren, je wörtlicher, desto besser.“

Eine steile These. Gehört der Islam zu Deutschland, auch weil er sich aus einem Gefühl der Minderwertigkeit an erfolgreichen Vorbildern der „Sieger“ orientierte?

Es gibt im Islam – wie in jeder Weltreligion – Kräfte und Gruppen, welche die vermeintlich „reine Lehre“ gegen das Leben stellen. Sie sind in der pluralen und säkularen Welt noch nicht angekommen. Sie kapieren nicht, dass der Griff nach weltlicher Macht ihre eigene Religion beschädigt. Sie verweigern sich ihrer Verantwortung für die Entfaltung jedes einzelnen Menschen in einer humanen Welt. Sie verkümmern den eigenen Reichtum und die fortschrittlichen Kräfte ihrer Gesellschaften. Sie werden gemeingefährlich, wenn sie junge Leute dazu abrichten, sich in einen sinnlosen Vernichtungskampf zu stürzen. Dessen Opfer sind auch eigene Glaubensgeschwister und just das, was sie zu bewahren meinen: der Kernbestand ihrer Religion.

Höchste Zeit also, sich mit dem Thema gründlich zu befassen. Die Polarisierer und Spalter haben zu viel Erfolg.

Die Bonner Akademie legt Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor. Es will Sachverhalte entnebeln, Kriterien erarbeiten und gewonnene Einsichten in Perspektiven praktischer Politik ummünzen. Der öffentliche Diskurs als Vorbereitung politischen Handelns gehört zur Königsdisziplin der Demokratie.

DIE POLARISIERER UND SPALTER HABEN ZU VIEL ERFOLG.

Leider sind Wissen und Handeln nur schwach miteinander verbunden. Vom Wissen zum Handeln führt ein weiter Weg. Wir erfinden gern und eifrig Gründe, ihn nicht zu gehen. Vielleicht ist es umgekehrt leichter. Gemeinsames Agieren aus gegebenem Anlass und mit konkretem Ziel öffnet den Blick und weckt Einsicht. Aus Handeln wird Wissen.

Ich danke allen, die zum Ergebnis dieses Projektes beitragen. Vor allem danke ich auch denen, die es aufbereiten und weiterdenken. ■

VERANSTALTUNGSBERICHTE

ESSENER FORUM ZUM THEMA „LEADERSHIP - FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEITEN AUS DEN MIGRANTENCOMMUNITIES STÄRKEN“ AM 14. FEBRUAR 2017

Beim ersten Essener Forum des Jahres am 14. Februar 2017 diskutierten Praxisexperten gemeinsam mit dem Projektteam zum Thema „Leadership - Führungspersönlichkeiten aus den Migrantengemeinschaften stärken“. Die Essener Foren finden regelmäßig statt, auch um die Forschungsergebnisse mit Erfahrungen aus der Praxis rückzukoppeln und anzureichern.



René Martin, Gründer des deutschen Empowerment-Instituts sowie Berater für verschiedene nationale und internationale Führungsakademien und Leadership-Programme.

René Martin, Gründer des *deutschen Empowerment-Instituts* sowie Berater für verschiedene nationale und internationale Führungsakademien und Leadership-Programme, verdeutlichte die Relevanz des Themas. Ziel solcher Leadership-Programme sei es, junge Menschen zu motivieren und zu befähigen, eine führende Rolle in der Gesellschaft einzunehmen und so gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Dafür müssten sogenannte ‚High-Potentials‘ identifiziert und im Rahmen strukturierter Programme gefördert werden. Die entsprechenden Inhalte solcher Programme, so Martin, müssten so konzipiert sein, dass sie die wertorientierte Persönlichkeitsentwicklung der Teilnehmer unterstützen. Zudem müssten sie zur Kompetenzentwicklung in Bereichen wie Kommunikation, (Selbst-)Organisation oder Management beitragen und letztendlich auch zu konkretem Handeln etwa in eigenen Projekten anleiten. Im Integrationskontext könnten sie so zu größerer Partizipation und Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund beitragen.



Sadık Çiçin, Bundesvorsitzender der Migranten in der Union und stellvertretender Vorsitzender des Essener Verbunds der Immigrantenvereine e.V.

Daran anschließend berichtete **Sadık Çiçin**, Bundesvorsitzender der *Migranten in der Union* und stellvertretender Vorsitzender des *Essener Verbunds der Immigrantenvereine e.V.*, von seinen persönlichen Erfahrungen in einer Führungsakademie. Als ehemaliger Teilnehmer eines Leadership-Programms der Bertelsmann-Stiftung illustrierte er seine persönliche Weiterentwicklung nach dem erfolgreichen Abschluss dieses Angebots. Obwohl er schon vorher kommunalpolitisch und in der Integrationsarbeit aktiv gewesen sei, habe sich durch den wertvollen Input eine regelrechte Schubkraft entwickelt. So sei er etwa befähigt worden, zahlreiche Integrationsprojekte zu konzipieren und im Rahmen des Essener Verbunds der Immigrantenvereine auch umzusetzen. Zudem habe er den Verein *Migranten in der Union* mitgegründet, indem er sich dafür einsetzte, die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Wie die Förderung von Leadership und Führungskompetenz von Menschen mit Migrationshintergrund in der Praxis aussehen kann, erklärte **Caner Aver**, Präsident der *Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker Plattform* und Programmleiter ‚Hochschule und Migration‘ am *Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung*. Die *Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker Plattform*, eine der größten zivilgesellschaftlichen (politisch und religiös unabhängigen) Organisationen ihrer Art in Deutschland, setzt sich für Chancengleichheit vor allem für die dritte und vierte Generation ein. Diese habe oftmals kein Integrationsproblem, erläuterte Aver, sondern könne -auch bedingt durch Diskriminierung und strukturelle Hürden -nicht gleichermaßen teilhaben. Dagegen arbeite die TD-Plattform in den Themenfeldern Bildungsaufstieg, Arbeitsmarktintegration und politische Partizipation. Mentorenprogramme, Bildungsreisen, verschiedene Workshopformate und der Zugang zu den Netzwerken der Organisation trügen so zum nachhaltigen Empowerment der Teilnehmer bei.



Caner Aver, Präsident der Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker Plattform und Programmleiter ‚Hochschule und Migration‘ am Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass entsprechende Leadership-Programme im deutschen Kontext und vor allem mit Fokus auf die (post-)migran-tische Zielgruppe bisher nur wenig ausgeprägt sind. Dennoch sei es auch wichtig, neben der spezifischen Förderung von Einzelpersonen, nicht die institutionelle Förderung aus den Augen zu verlieren. **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Leiter des Wissenschaftlichen Beirats, stellte in diesem Zusammenhang fest, dass für die Gestaltung des Zusammenlebens die strukturelle Förderung von Institutionen ebenso wichtig sei wie die Ausbildung von Führungspersönlichkeiten. Die größte Wirkungsmacht könnten solche Maßnahmen entfalten, wenn sie sich sinnvoll gegenseitig ergänzen. Mit der Frage, wie die konkrete Symbiose ausgestaltet werden kann, wird sich nicht zuletzt auch das Forschungsprojekt der Bonner Akademie weiterhin beschäftigen. ■



Auch die Projektpartner zeigten sich sehr interessiert am Thema des Essener Forums (v.l.n.r. Gülhanım Sahin, Hülya Ceylan, Erkan Üstünay).

BONNER FORUM „VONEINANDER LERNEN - INNOVATIVE INTEGRATIONSPROJEKTE IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN VERGLEICH“ AM 29. MÄRZ 2017

Als Diskussionsplattform zwischen Theorie und Praxis fungieren die regelmäßig stattfindenden Bonner Foren, die das Projekt um wichtige externe wissenschaftliche und praktische Expertise bereichern. Über die Potentiale des internationalen Erfahrungsaustauschs in der Integrationsarbeit diskutierten Projektpartner aus dem Ruhrgebiet gemeinsam mit internationalen Partnern und Integrationsexperten am 29. März 2017 beim Bonner Forum zum Thema „Voneinander Lernen - Innovative Integrationsprojekte im nationalen und internationalen Vergleich“.

Dr. Karsten Jung, Geschäftsführer der Bonner Akademie, erläuterte einleitend Relevanz und Kontext des Themas: In Zeiten der Globalisierung sei die Gestaltung von Einwanderung und Integration längst eine internationale Herausforderung, doch die Diskussion und Entwicklung von Lösungsansätzen finde allzu oft noch im nationalen Rahmen statt. Dabei könne ein Blick über den ‚Tellerrand‘ auf die Erfahrungen und Erfolge in anderen Ländern nicht nur die integrationspolitische Debatte, sondern auch die konkrete Projektarbeit vor Ort befruchten. Einen solchen Blick über den ‚Tellerrand‘ habe auch das Forschungsprojekt im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie gewagt und dabei vielversprechende Ansätze identifiziert, die - an deutsche Verhältnisse angepasst - auch die heimische Integrationsarbeit befruchten könnten.

Dazu gehört auch der Ansatz von **Mohammad Razvi**¹, der in New York die Organisation *Council of Peoples Organization (COPO)* leitet. Einen Einblick in seine Arbeit gewann das Projektteam bereits im vergangenen Jahr bei einer Forschungsreise nach New York. Razvi, der für die Veranstaltung eigens nach Bonn gekommen war, gründete die COPO 2001 als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September und die zunehmenden Repressalien gegen muslimische Amerikaner seitens der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden. Ein wichtiger Fokus seiner Arbeit liege deshalb, so erläuterte Razvi, auf dem Austausch zwischen staatlichen Stellen und den verschiedenen Communities -auch um die gegenseitigen Vorurteile abzubauen. Diesem Ziel dient auch der von ihm initiierte Muslim Youth Career Day, eine Berufsmesse, die mittlerweile von mehr als 700 muslimischen Kindern besucht wird. Nahegebracht werden den Kindern dabei vor allem Jobs bei kommunalen und staatlichen Einrichtungen, etwa beim FBI, der Polizei oder der Feuerwehr. Sein Ziel sei es nicht nur, den Dialog zwischen Communities und Staat

zu stärken, sondern die Kinder ganz selbstverständlich zu Teil der amerikanischen Gesellschaft zu machen und ihre Integration auch auf diese Weise zu fördern. Dafür sei es insbesondere entscheidend, Führungspersönlichkeiten frühzeitig zu identifizieren und gezielt zu fördern. So sitzen ehemalige Teilnehmer und Teilnehmerinnen seiner Programme inzwischen im Stadtrat von New York und haben erfolgreiche Karrieren etwa bei der städtischen Polizeibehörde und der New Yorker Feuerwehr begonnen.

Im Anschluss daran berichteten Projektpartner aus dem Ruhrgebiet über Ihre Erfahrungen und die Schwerpunkte ihrer Arbeit: **Selim Asar** stellte in diesem Zusammenhang das Projekt *Heroes* vor, bei dem er in Duisburg als Gruppenleiter tätig ist. Das an mehr als zehn Standorten etablierte Projekt adressiert überkommene Ehrvorstellungen und setzt sich für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Schlüssel zum Erfolg sind dabei die *Heroes* selber: Männliche Jugendliche, die in der Regel einen Migrationshintergrund aus traditionell patriarchal geprägten Kulturen besitzen. Sie werden über einen Zeitraum von ca. 1,5 Jahren ausgebildet und geben anschließend Workshops in Schulen, die in Form von Rollenspielen ungleiche Geschlechterverhältnisse und Ehrenkonzepte hinterfragen. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, erläuterte Asar, seien sie Vorbilder, eben weil sie oftmals einen ähnlichen Hintergrund besäßen. Ziel der Workshops sei nicht, die Jugendlichen zu belehren, sondern ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und zum Nachdenken über bestimmte - bisher unhinterfragte - Konstrukte anzuregen.

Cihan Sert, Dozent am Bildungszentrum Handwerk der Kreishandwerkerschaft Duisburg, richtete den Fokus auf die Integration der Menschen, die in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen sind.

Beim Bildungszentrum Handwerk ist er im Projekt ‚Gemeinsam in die Ausbildung‘ tätig, das geflüchtete Jugendliche und junge Erwachsene in die Ausbildung vermitteln will. Um ein solches Projekt erfolgreich zu gestalten, sei es wichtig, Anreize für die Unternehmen zu setzen und ihre Interessen zu verstehen. In Zeiten des Fachkräftemangels gehe es ihnen vor allem darum, gutes und kompetentes Personal zu gewinnen. Biete man den geflüchteten Menschen die entsprechende Unterstützung und Vorbereitung, so Sert, seien Unternehmen sehr interessiert daran, engagierte Auszubildende zu gewinnen. Wichtig sei jedoch, dass die Unterstützung sich nicht nur auf Sprachunterricht beschränke, sondern auch kulturelle Bezüge zu der neuen Heimat herstelle.

Sebastian Johna², Projektleiter Migration und Integration der Goethe-Institute in Deutschland, führte in die Projektarbeit des Goethe-Instituts im Tätigkeitsfeld Islam in Deutschland ein. Zwei zentrale Themen seien dabei die Fortbildung der Funktionsträger islamischer Gemeinden in Deutschland, die im Projekt *Islamische Gemeinden als kommunale Akteure* umgesetzt wurde, sowie die Jugendarbeit, die in Essen

beispielsweise in Form der *KIM-E-Jugend* gefördert wird. Vor allem Letzteres sei dabei der Schlüssel zum Erfolg. Die Jugendarbeit müsse jedoch von innen wachsen, weniger erfolgreich sei es, Konzepte und Inhalte von außen vorzugeben.

In der abschließenden Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass es zunächst schon viel helfe, alle beteiligten Akteure an einen Tisch zu bringen und gemeinsame Anliegen und Interessen zu identifizieren statt Differenzen und Trennendes in den Vordergrund zu rücken - ganz unabhängig vom nationalen Kontext. Auch die Kombination unterschiedlicher Ansätze sowie die Zusammenarbeit mit zahlreichen -nationalen wie internationalen -Partnern seien Erfolgsfaktoren. **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, ergänzte in diesem Sinne - auch vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen -, dass darüber hinaus auch die Identitätskonflikte der Menschen mit Migrationshintergrund und die Gründe hierfür stärker adressiert werden sollten, gerade hier könnten ein internationaler Blick und das ‚Voneinander Lernen‘ sehr hilfreich sein. ■



Selim Asar, Gruppenleiter beim Projekt Heroes in Duisburg.



Cihan Sert, Dozent am Bildungszentrum Handwerk der Kreishandwerkerschaft Duisburg.



Mohammad Razvi, Gründer der New Yorker Organisation Council of Peoples Organization und internationaler Projektpartner.



Sebastian Johna, Projektleiter für den Bereich Migration und Integration der Goethe-Institute in Deutschland.

ANMERKUNGEN

- ¹ Ausführliche Informationen zu Mohammad Razvis Arbeit und der Council of Peoples Organization finden Sie auch ab Seite 42 in seinem Beitrag für diese Publikation.
- ² Zur Rolle von muslimischen Gemeinden als kommunale Akteure und den Erfahrungen des Goethe-Instituts finden Sie ab Seite 28 einen ausführlichen Beitrag von Sebastian Johna und Lena Westerbarkey.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „SCHMELZTIEGEL RUHRGEBIET – ÜBER DAS ZUSAMMENLEBEN DER KULTUREN IM REVIER“ AM 17. MAI 2017

Das Zusammenleben der Kulturen im Revier stand im Zentrum der Veranstaltung „Schmelztiegel Ruhrgebiet?“ im Essener Ruhrturm am 17. Mai 2017. Der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen erläuterte in seiner einführenden Rede grundlegende Parameter erfolgreicher Integration und diskutierte diese im Anschluss auf dem Podium mit Lamya Kaddor, Islamwissenschaftlerin und Publizistin, Mehrdad Mostofizadeh, MdL und Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag NRW sowie Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG-Aktiengesellschaft. Die Moderation der Veranstaltung übernahm Andreas Tyrock, Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ).



Der Blick aufs Podium: Bernd Tönjes, Lamya Kaddor, Moderator Andreas Tyrock, Thomas Kufen und Mehrdad Mostofizadeh (v.l.n.r.).

Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, griff in seiner Begrüßung die Metapher des Schmelztiegels auf. Durch die gemeinsame Arbeit unter Tage habe sich das Ruhrgebiet als Netzwerk aus Menschen, Rohstoff, Energie und Maschinen zum schlagenden Herz Europas entwickelt. Mittlerweile habe dieses Herz jedoch Rhythmusstörungen. Diesen müsse man entgegenwirken, dabei jedoch stets bedenken, dass eine gedeihliche Zukunft nicht als staatlich verordnetes und von außen übergestülptes Produkt entstehen könne.

Einen kurzen Abriss über die lange Integrationsgeschichte des Ruhrgebiets gab **Thomas Kufen** im Rahmen seiner einführenden Worte. Ohne Zuwanderung gäbe es eine Stadt wie Essen in dieser Form nicht. Historisch habe Integration im Ruhrgebiet immer über den Faktor Arbeit funktioniert – eine Zeit, die mittlerweile aber vorbei sei. Heute habe die Bildung diese Schlüsselrolle übernommen, so Kufen. Essentiell für gelungene Integration sei aber auch der gegenseitige Respekt, der vorgelebt werden müsse. Mit Blick auf den Islam gelte es, den Dialog zu stärken, aber auch die Toleranz nicht überzustrapazieren.

Lama Kaddor kritisierte den wieder erstarkenden Nationalismus in Deutschland. Gerade Migranten mit deutschem Pass müssten auch als solche akzeptiert und angesprochen werden. In der Diskussion um den Islam gebe es nur Pro oder Contra, für Zwischentöne sei in der öffentlichen Debatte kein Raum. Dabei sei Islamfeindlichkeit besonders in den Bevölkerungsgruppen ausgeprägt, die im Alltag keinen Kontakt zu Muslimen hätten. Zwar würde seit Jahren gepredigt, man müsse ‚das Fremde‘ kennenlernen und den Kontakt zu den Nachbarn suchen, passieren tue allerdings letztendlich nichts.

Einen zunehmend schärferen Ton in der Debatte konstatierte auch **Mehrdad Mostofizadeh**. Ein wachsendes Nationalbewusstsein sei jedoch nicht festzustellen. Um im Integrationsbereich größere Erfolge verzeichnen zu können, müssten wir endlich aufhören, nur das Trennende zu betonen und viel stärker auf die mannigfaltig vorhandenen Gemeinsamkeiten rekurrieren. Die größte Herausforderungen sei es, die Werte der Demokratie

in Deutschland zu stärken. Dazu gehöre auch, die Leitkulturdebatte endlich mit größerer Ernsthaftigkeit zu führen.

Den Wert von Bildung betonte auch **Bernd Tönjes** im Diskussionsverlauf. Viele junge Menschen seien noch immer auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft. Gerade diese müsse man fördern und sie zu Integration ermutigen. An erster Stelle stehe dabei der Spracherwerb. Zudem müsse man stärker als bisher in Quartiersmanagement investieren und in die Stadtteile gehen, um die Menschen nach ihren Bedürfnissen zu befragen.

Abschließend waren sich die Diskutanten einig, dass das Bemühen um gegenseitiges Verstehen eine Aufgabe sei, die alle betreffe. Dennoch gebe es natürlich weiterhin große Herausforderungen. Für Thomas Kufen ist vor allem die Situation in der Türkei brisant. Diese Diskussion sei emotional extrem aufgeladen, sowohl zwischen deutschen und türkischen Staatsbürgern, als auch innerhalb der türkischen Community, so Kufen. ■



Prof. Bodo Hombach, Präsident der Bonner Akademie, griff in seiner Einführung die Metapher des Schmelztiegels auf.



Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, gab in seiner Rede einen Einblick in die historisch gewachsenen Strukturen im Ruhrgebiet.



Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG-Aktiengesellschaft, erläuterte inwiefern der Ausbau des Quartiersmanagement sich positiv auf Integration auswirkt.



Mehrdad Mostofizadeh, MdL und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag NRW, rief dazu auf, das Gemeinsame in der öffentlichen Debatte stärker zu betonen.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „DAS GRUNDGESETZ – EINE WERTEORDNUNG FÜR DAS EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND?“ AM 22. JUNI 2017

Zum Thema „Das Grundgesetz – Eine Werteordnung für das Einwanderungsland Deutschland?“ diskutierten Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Prof. Dr. Christian Hillgruber, Rechtswissenschaftler am Institut für Kirchenrecht der Universität Bonn, Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie der Universität Münster, und Karen Krüger, Autorin und Redakteurin im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, am 22. Juni 2017 in der Bonner Akademie. Die Moderation übernahm Peter Pauls, Chefautor des Kölner Stadt-Anzeigers.

Prof. Dr. Volker Kronenberg, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, griff in seiner Einführung die Frage nach dem Status der Bundesrepublik auf: Natürlich handele es sich bei Deutschland längst um ein Einwanderungsland, auch wenn dieser Fakt noch immer von einigen wenigen Parteien negiert werde. Nun ginge es darum, zu definieren, welchen Werten sich die Bundesrepublik verpflichtet fühle. Das Grundgesetz sei dafür zwar wichtiger Orientierungsrahmen, das wesentliche Fundamentale Entscheidungen regle, darüber hinaus müsse und könne aber nur eine dynamische Gesellschaft das Gesetz mit Leben füllen.

Daran anschließend wies **Prof. Dr. Mouhanad Khorchide** darauf hin, dass nur die wenigsten Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – das Grundgesetz gelesen hätten. Viel wichtiger als diese normative Ordnung seien die praktischen Werte des Zusammenlebens, die oftmals über den Rahmen des Grundgesetzes hinausgingen. Deshalb sei es essentiell, Orte der Begegnung – auch zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen – zu schaffen, die das Miteinander viel nachhaltiger prägten, als das Grundgesetz allein es je könne. In der Öffentlichkeit, so

Khorchide, habe der Islam vor allem ein Wahrnehmungsproblem. Man spreche heute nicht mehr über die unterschiedlichen Nationalitäten, sondern nur noch über ‚die Muslime‘. Dialog und Kontakt könnten dazu beitragen, ein positiveres Bild der Religion zu vermitteln.

Auch **Serap Güler** verwies auf das in der deutschen Öffentlichkeit vorherrschende negative Islambild, das vor allem auch mit türkischer Politik und der zweifelhaften Rolle der Ditib zusammenhänge. Gerade deshalb sei es wichtig, den liberalen Islam zu stärken, auch damit er sich zum Ansprechpartner für die Politik entwickeln könne. Die Zusammenarbeit mit der Ditib wiederum dürfe nicht fortgesetzt werden, solange diese ihre Position nicht ändere. Auch mit Blick auf die von Muslimen organisierte – und von der DITIB boykottierte – Demonstration gegen Terror und Gewalt in Köln am vergangenen Wochenende sagte Güler, dass Muslime sich natürlich mit ihrer eigenen Religion auseinandersetzen müssten, wenn Terroristen sich konkret auf diese beriefen. Dennoch hätte der im Alltag ganz überwiegend gelebte Islam nichts mit extremistischen Wertvorstellungen gemein.



Prof. Dr. Mouhanad Khorchide, Leiter des Zentrums für Islamische Theologie der Universität Münster, betonte, wie wichtig gelebte Werte für unser Zusammenleben sind.



Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, verwies auf das negative Islambild in der deutschen Öffentlichkeit.

Die Vorstellung, es reiche aus, das Grundgesetz zu verstehen, um friedlich zusammenzuleben, sei falsch, erläuterte **Prof. Dr. Christian Hillgruber**. Als Staatsbürger dürfe man auch gegen Freiheit und Demokratie sein, weshalb es natürlich übergeordneter Werte bedürfe. Mit Blick auf Religion hielt er fest, dass diese sich insgesamt größeren Schwierigkeiten ausgesetzt sehe. Die Religionsbeschimpfungen, vor allem gegenüber dem Islam, aber auch gegenüber dem Christentum, nähmen kontinuierlich zu. Dabei müsse jeder zugleich ein guter Christ oder Moslem, aber eben auch ein guter Staatsbürger sein können. Es gehe vor allem darum, den in unserem Grundgesetz verankerten Pluralismus zu akzeptieren und auch zu leben.



Prof. Dr. Christian Hillgruber, Rechtswissenschaftler am Institut für Kirchenrecht der Universität Bonn betonte, dass es vor allem darum gehe, den in unserem Grundgesetz verankerten Pluralismus mit Leben zu füllen.

Dass Religion heute offenbar nur noch schwer auszuhalten sei, konstatierte auch **Karen Krüger**. In einer zunehmend säkular geprägten Gesellschaft rufe Glaube grundsätzlich Skepsis und Misstrauen hervor. Mit Blick auf das verzerrte Bild des Islams kritisierte sie auch die deutsche Medienlandschaft. Der normale muslimische Alltag sei zu langweilig, um wirklich von Journalisten thematisiert zu werden. Im Rahmen der Recherche für ihr Buch „Eine Reise durch das islamische Deutschland“ sei er ihr jedoch häufig begegnet. Einflussreiche Menschen muslimischen Glaubens wie etwa Navid Kermani oder Cem Özdemir wiederum hätten kaum einen positiven Effekt auf das Islambild, weil sie mit ihrem Erfolg plötzlich nicht mehr als Muslime wahrgenommen würden.



Karen Krüger, Autorin (Eine Reise durch das islamische Deutschland) und Redakteurin im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, merkte an, dass die Berichterstattung über muslimisches Leben in Deutschland nicht ausgewogen sei.

Insgesamt, so waren sich die Diskutanten einig, sei das Grundgesetz ein wichtiger Orientierungsrahmen, könne jedoch nicht alle essentiellen Werte definieren. Diese entstünden vor allem in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen, die nur durch interkulturelle und interreligiöse Kontakte möglich seien. Demnach gehe es vor allem um Akzeptanz und eine Stärkung der Begegnungen, um eine Werteordnung wie das Grundgesetz zum Leben zu erwecken. ■



Peter Pauls, Chefautor des Kölner Stadt-Anzeigers, übernahm die Moderation der Veranstaltung.



Podiumsdiskussion zum Thema „Das Grundgesetz - Eine Werteordnung für das Einwanderungsland Deutschland?“.

ESSENER FORUM ZUM THEMA „SOZIALES ENGAGEMENT IM WANDEL – INNOVATIVE AKTEURE IN DER ZIVILGESELLSCHAFT UND WAS MAN VON IHNEN LERNEN KANN“ AM 4. JULI 2017

Am 4. Juli 2017 veranstalteten die beiden von der Brost-Stiftung geförderten Projekte „Wieviel Islam gehört zu Deutschland? Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ und „Soziales Engagement im Ruhrgebiet – Zum Aufbau neuer Strukturen zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik“, durchgeführt von Prof. Dr. Rolf G. Heinze an der Ruhr-Universität Bochum, einen gemeinsamen Workshop in Essen. Zum Thema „Soziales Engagement im Wandel – Innovative Akteure in der Zivilgesellschaft und was man von ihnen lernen kann“ diskutierten die Projektteams gemeinsam mit Praktikern und Experten über Anknüpfungspunkte und Synergieeffekte der Forschungsarbeiten.



Dr. Karsten Jung, Projektleiter und Geschäftsführer der BAPP, erläuterte das Potential sozialunternehmerischer Ansätze für die Integrationsarbeit.



Prof. Dr. Katrin Schneiders, Professorin für Wissenschaft der Sozialen Arbeit an der Hochschule Koblenz, führte in den Themenkomplex ein.



Alena Mörtl, Gründungs- und Vorstandsmitglied des Projekts Ankommen, berichtete von ihren Erfahrungen im Engagement für geflüchtete Menschen.



Philip Kösters, Standortentwickler beim Chancenwerk, zeigte, wie praktisches Sozialunternehmertum aussehen kann.

Einführend gab **Prof. Dr. Katrin Schneiders**, Professorin für Wissenschaft der Sozialen Arbeit mit Schwerpunkt Sozialwirtschaft an der Hochschule Koblenz, eine Einführung in das soziale Engagement und die unterschiedlichen Ausprägungen in Deutschland. Ehrenamtliches Engagement habe traditionell vor allem in den Wohlfahrtsverbänden stattgefunden. Nicht erst im Zuge der jüngsten Migrationsbewegung lasse sich jedoch ein Wandel konstatieren. Freiwilliges Engagement finde nun oftmals auch spontan, kurzfristig und organisationsungebunden statt. Zudem spiele auch soziales Unternehmertum eine wachsende, wenn auch immer noch geringe, Rolle. Aktuell,

so Schneiders, etablierten sich unterschiedliche Engagementformen nebeneinander, spannend sei in diesem Zusammenhang jedoch, welche Strukturen auch langfristig erhalten blieben.

Daran anschließend erläuterten **Dr. Anna Lena Schönauer** und **Dr. Fabian Hoose**, Projektmitarbeiter im Forschungsprojekt der Ruhr-Universität Bochum, ihre Forschungsergebnisse mit Blick auf neue Engagementformen in der Flüchtlingshilfe. Auch hier lasse sich ein Wandel konstatieren, der dazu beitrage, die Landschaft vielfältiger und bunter zu machen. Die etablierten Großorganisationen hätten zudem mit

Nachwuchsproblemen zu kämpfen, auch weil das strukturierte und langfristige Engagement nicht mit den Individualisierungstendenzen in der Bevölkerung zusammenpasst. Hinzu kommt eine zunehmende Entgrenzung des Engagements. Gerade mit Blick auf die Versorgung und Betreuung der geflüchteten Menschen seien Engagement und Privatleben oftmals verschmolzen, persönliche Beziehungen hätten einen sehr hohen Stellenwert. Der Wandel des Engagements werde damit vor allem am Beispiel Flüchtlingshilfe besonders deutlich.

Alena Mörtl, Gründungs- und Vorstandmitglied des Projekts Ankommen aus Dortmund, gab den Teilnehmern einen praktischen Einblick in neuartige Organisationsformen. Das Projekt Ankommen gründete sich 2015 als Reaktion auf die wachsende Zahl von Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben nach Deutschland kamen. Da die etablierten Träger zu langsam und starr agierten, so Mörtl, sei schnell klar gewesen, dass man im Rahmen einer eigenen Organisation schneller und bedarfsorientierter reagieren könne. Trotz des immensen Wachstums sei es dem Verein jedoch wichtig, weiterhin ehrenamtlich zu bleiben und sich nicht zu professionalisieren, auch um weiterhin flexibel zu bleiben.

Einen Einblick in das Forschungsprojekt der Bonner Akademie gaben im Anschluss **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, und **Dr. Karsten Jung**, Geschäftsführer der BAPP: Vielversprechende und effektives Engagement finde im Integrationsbereich oftmals in Sozialunternehmen statt. Traditionell strukturierte Projekte hätten wiederum oftmals mit instabiler und kurzfristiger Finanzierung zu kämpfen. Die zum Teil aus Geldmangel nicht durchgeführten Evaluationen verhinderten zudem eine laufende Anpassung des Angebots sowie eine Wirkungsmessung der eigenen Arbeit. Gerade Ansätze des sozialen Unternehmertums böten jedoch Chancen für solche Projekte, Arbeit und Wirkung zu optimieren. Dabei müsse der Ansatz nicht in Gänze umgesetzt werden, hybride Strukturen könnten jedoch dazu beitragen, ‚verkrustete‘ Strukturen aufzubrechen und die Organisation auch finanziell auf stabilere Beine zu stellen.

Wie eine Umsetzung solch hybrider Strukturen in der Praxis aussehen kann, zeigte **Philip Kösters**, Standortentwickler beim Chancenwerk – eine Organisation, die im Rahmen des Projektes langfristig begleitet wird. Das Chancenwerk verbessert den Bildungszugang für benachteiligte Kinder, indem es sein Förderangebot direkt an die Schulen andockt. Das Besondere dabei ist, dass schlechtere Schüler der oberen Klassen die jüngeren Schüler unterstützen. Neben dem Lernerfolg auf beiden Seiten trägt dies auch zum Selbstbewusstsein der älteren Schüler bei. Dieses sogenannte Kaskadensystem setzt das Chancenwerk an mittlerweile 66 Schulen um. Den sozialunternehmerischen Ansatz sieht Kösters dabei als grundlegend um der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden zu können. Wenn der Chancenwerk-Ansatz an einer Schule funktioniert, trage eine hohe Skalierbarkeit dazu bei, möglichst vielen Kindern zu helfen, sagte Kösters. Sozialunternehmerische Strukturen helfen dem Chancenwerk demnach bestmöglich bei der Erfüllung dieser Verantwortung.

In der abschließenden Diskussion waren sich alle Teilnehmer einig, dass das klassische, organisationgebundene Ehrenamt heute nicht mehr die einzige Form sei, gesellschaftlich aktiv zu werden. **Prof. Dr. Rolf G. Heinze**, Projektleiter an der Ruhr-Universität Bochum, machte jedoch auch darauf aufmerksam, dass sich auch die traditionellen Wohlfahrtsverbände immer stärker flexibilisierten und an Innovationen anpassten. Es sei völlig offen, welche Akteure sich dennoch langfristig neben den etablierten Akteuren behaupten könnten. Gerade das soziale Unternehmertum sei jedoch eine wichtige Ergänzung, könne jedoch diese Akteure nicht ersetzen. ■



Praktiker und Experten tauschten sich beim Essener Forum im Haus der Technik über ihre Erfahrungen aus.

ANMERKUNGEN

¹ Zum Wandel sozialen Engagements im Ruhrgebiet finden Sie einen ausführlichen Beitrag von Prof. Dr. Rolf Heinze, Fabian Beckmann, Dr. Fabian Hoose und Dr. Anna-Lena Schönauer ab Seite 20.

„ICH MACH‘ MEIN DING“ – WIE SUBJEKTIVIERUNG UND DIGITALISIERUNG DAS SOZIALE ENGAGEMENT VERÄNDERN



Prof. Rolf G. Heinze
Professor für Allgemeine Soziologie, Arbeit und
Wirtschaft an der Ruhr-Universität Bochum



Dr. Fabian Hoose
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für
Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft
der Ruhr-Universität Bochum



Fabian Beckmann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für
Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft
der Ruhr-Universität Bochum



Dr. Anna-Lena Schönauer
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl
für Allgemeine Soziologie, Arbeit und Wirtschaft
der Ruhr-Universität Bochum

1. EINLEITUNG – DAS „REVIVAL“ DER ZIVILGESELLSCHAFT

Seit einigen Jahren ist in Deutschland sowohl öffentlich als auch politisch eine Wiederentdeckung der Potentiale zivilgesellschaftlicher Unterstützungs- und Hilfsleistungen zu beobachten. Diverse Engagementtätigkeiten, etwa im Rahmen eines „klassischen“ Ehrenamtes, freiwilligen sozialen Engagements oder der Nachbarschaftshilfe, differenzieren sich hierbei nicht nur entlang unterschiedlicher Organisationsformen aus (etwa in Vereinen, Verbänden, Parteien, Netzwerken etc.), sondern sind in nahezu sämtlichen gesellschaftlichen Teilbereichen anzutreffen – u.a. in Sport, Kultur, (Aus-) Bildung, Umwelt sowie Gesundheit und Sozialem¹. Es herrscht weitgehend Konsens dahingehend, dass ohne diese freiwilligen Formen von Arbeit viele soziale Dienstleistungen nicht im selben Ausmaß bereitgestellt werden könnten – man denke beispielsweise an die Organisationsstrukturen deutscher Sportvereine oder die freiwillige Feuerwehr.

Die Gründe für das „Revival“ freiwilligen sozialen Engagements sind vielfältig. Zuvorderst hat die Politik die Engagementpotentiale neu entdeckt, um hierdurch die Koproduktion öffentlicher Leistungen zu fördern².

Dies hängt mit den begrenzten Steuerungs- und Finanzierungsspielräumen staatlicher und kommunaler Institutionen zusammen, wenngleich sich dies regional ausdifferenziert und insbesondere auf Kommunen in strukturschwachen und ländlichen Regionen zutrifft. Hinzu kommen „external shocks“ wie zuletzt die „Flüchtlingskrise“, in deren Rahmen es relativ unerwartet zu neuen öffentlichen Anforderungen kam, ohne dass hierauf alleinig öffentliche Aufgabenträger reagieren konnten. Unbestritten ist, dass der Zuzug einer großen Zahl von Asylsuchenden seit 2015 nur durch die (für viele unerwartet) große Hilfsbereitschaft weiter Teile der Zivilgesellschaft bewältigt werden konnte.

Die (Wieder-)Entdeckung der Zivilgesellschaft ist nicht zuletzt auf eine wachsende Zahl hilfs- und pflegebedürftiger Menschen, sprich eine wachsende Nachfrage nach sozialen Dienstleistungen, zurückzuführen. Kinderarmut, sozialschwache Quartiere oder die kollektive Alterung der Bevölkerung mit einer wachsenden Zahl Hilfe- und Pflegebedürftiger sind nur einige Beispiele, die untermauern, dass dem freiwilligen Engagement auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung für die Abfederung sozialer Problemlagen und Herausforderungen zukommen wird. Dies hängt auch mit dem Rückgang familiärer Ressourcen zusammen, sei es aufgrund von Singularisierungstendenzen (etwa Zunahme von Einpersonenhaushalten) oder neuen Mobilitätsanforderungen insbesondere jüngerer Generationen, die nicht selten auch zu einem räumlichen Auseinanderklaffen familiärer Strukturen führen.

Trotz oder gerade wegen seiner großen Bedeutung wird freiwilliges soziales Engagement aber auch kritisch diskutiert. Die kontroversen Debatten bewegen sich dabei stets in dem Spannungsfeld zwischen einer einerseits als positiv gewerteten Solidaritätsausübung und einer andererseits als negativ angesehenen Gefahr der Instrumentalisierung durch staatliche Akteure. Daher wird nicht selten auch vor einem Rückzug des Staates gewarnt, welcher „statt öffentliche[r] Daseinsvorsorge mehr bürgerschaftliches do it yourself“³ propagiere. Zwar ist hier vor Pauschalisierungen zu warnen, gleichzeitig können Instrumentalisierungsversuche gerade auf Engagementinteressierte abschreckend wirken.

In diesem Beitrag werden im Folgenden einige Überlegungen zu aktuellen Umbruchsprozessen des Engagements präsentiert. Zunächst wird die Debatte um den Wandel des Engagements in Kürze skizziert, wobei die jüngst in den Diskursen zur Zivilgesellschaft hervorgehobene Vielfalt des Engagements und die gegenseitige Überlagerung von traditionellen und neueren (posttraditionalen) Formen des Engagements aufgegriffen wird⁴. Darauf aufbauend werden auf Basis qualitativer Fallstudien aus den Bereichen Alten-, Jugend- und Flüchtlingshilfe einige zentrale Beobachtungen zu Neujustierungen in der Engagementlandschaft in diesen Feldern vorgestellt. Die Fallstudien wurden im Rahmen des von der Brost-Stiftung geförderten Forschungsprojektes „Soziales Engagement im Ruhrgebiet – Zum Aufbau neuer Kooperationsstruktu-

ren zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik“ durchgeführt. Zum Abschluss werden die Befunde kontextualisiert und nach den Implikationen für Organisationen, die auf die freiwillige Mithilfe aus der Zivilgesellschaft angewiesen sind, gefragt.

UNBESTRITTEN IST, DASS DER ZUZUG EINER GROSSEN ZAHL VON ASYLSUCHENDEN SEIT 2015 NUR DURCH DIE GROSSE HILFSBEREITSCHAFT WEITER TEILE DER ZIVILGESELLSCHAFT BEWÄLTIGT WERDEN KONNTE.

2. NEUE VIELFALT UND UNÜBERSICHTLICHKEIT – DER WANDEL SOZIALEN ENGAGEMENTS

Parallel zu sozioökonomischen Transformationsprozessen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen hat das freiwillige soziale Engagement in den vergangenen Jahrzehnten einen schrittweisen Strukturwandel vollzogen⁵. Als Referenzfolie dient hier zumeist das „klassische“ Ehrenamt, welches nicht selten in (Groß-)Organisationen seine Wirkungsstätte fand. Diesem Ehrenamt wird hierbei ein zeitlich dauerhafter Charakter und eine hohe Organisationsbindung zugeschrieben, d.h. ehrenamtliche Arbeit wurde vorwiegend über einen langen Zeitraum in ein- und derselben Organisation geleistet. Demgegenüber werden in den Debatten um den Wandel des freiwilligen Engagements vermehrte Entstrukturierungs- und Pluralisierungsprozesse diagnostiziert. Mit Blick auf die Organisation des Engagements wird eine zunehmende Heterogenität von Organisationsformen des Engagements konstatiert. Hackett/Mutz (2002) beobachteten frühzeitig, dass das „Engagement heute mehr als das vertraute traditionelle Ehrenamt [umfasst], nämlich auch Tätigkeiten in der Selbsthilfe, der Nachbarschaftshilfe sowie Bürgerinitiativen und Projekten aller Art; es sind freiwillige und

auf das Gemeinwesen bezogene Aktivitäten, denen kein Erwerbszweck zugrunde liegt und die zu einem großen Teil gemeinschaftlich und in der Öffentlichkeit stattfinden“⁶.

Neben diesen Pluralisierungstendenzen der Organisationsformen zivilgesellschaftlichen Engagements wird in den Debatten um den Wandel des Engagements ebenso auf veränderte Anspruchshaltungen und Motive auf Seiten der Engagierten verwiesen⁷. Demnach sei eine abnehmende Bereitschaft zur Übernahme eines langjährigen und verpflichtenden Ehrenamtes zu konstatieren. Das traditionelle Ehrenamt werde zunehmend ergänzt und zum Teil sogar abgelöst durch spontanes, kurzfristiges, situatives, organisationsungebundenes und/oder projektförmiges Engagement, das subjektiv sowohl Sinn stiften als auch Spaß machen soll. Zwar weisen empirische Daten, u.a. des aktuellen Freiwilligensurveys⁸, auf eine konstant hohe Engagementquote hin – rund 44 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren sind demnach in irgendeiner Form freiwillig engagiert – jedoch kommt es tendenziell zu einer Ausdifferenzierung der Engagementlandschaft. Die Pluralisierung der Organisationsformen trifft hierbei auf eine gestiegene Volatilität in den individuellen Erwartungen an eine Engagementtätigkeit. Nicht zuletzt die Nachwuchs- und Rekrutierungsprobleme in Großorganisationen wie Parteien, Verbänden, Kirchen sowie traditionellen Vereinen sind Beleg für die angesprochenen Wandlungsprozesse und die hieraus resultierenden Herausforderungen für etablierte Akteure⁹.

„RUND 44 PROZENT DER DEUTSCHEN WOHNBEVÖLKERUNG AB 14 JAHREN SIND IN IRGEND EINER FORM FREIWILLIG ENGAGIERT.“

Die Ursachen für diese Neujustierungen des sozialen Engagements sind vielfältig und vor allem in gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu finden. Zuvorderst sind hier die zunehmende gesellschaftliche Individualisierung und die Pluralisierung sozialer Milieus zu nennen¹⁰. Hiermit einher geht nicht nur eine Zunahme individualistischer Grundhaltungen, sondern auch eine Abnahme traditioneller Organisationsbindungen und -verpflichtungen. Hinzu kommen verän-

derte Norm- und Wertemuster, in deren Zuge Selbstverwirklichungsansprüche sowohl privat, beruflich als auch mit Blick auf das Engagement an Bedeutung gewinnen¹¹. Gleichzeitig spielen auch die Zunahme räumlicher Mobilität, veränderte Partnerschafts- und Familienarrangements sowie gewandelte Erwerbsbiografien eine zentrale Rolle, denn häufig lassen die Lebensumstände die Ausübung eines organisationsgebundenen und langjährigen Engagements schlicht nicht (mehr) zu. Insgesamt ist daher von einem Zusammenspiel sowohl von Pull- als auch Push-Faktoren auszugehen, die in ihrer Summe den Strukturwandel des Engagements begünstigen und auch in Zukunft maßgeblich die Organisation, Struktur und Ausgestaltung freiwilliger Hilfs- und Unterstützungsleistungen prägen werden.

3. VIER THESEN ZUM WANDEL DES ENGAGEMENTS IN DER ALTEN-, JUGEND- UND FLÜCHTLINGSHILFE

Die hier skizzierten Wandlungsprozesse sozialen Engagements und darüber hinausgehende Entwicklungstrends zeigen sich auch in den im Rahmen des oben genannten Forschungsprojektes durchgeführten qualitativen Fallstudien in der Alten-, Jugend- und Flüchtlingshilfe. Im Folgenden werden einzelne zentrale Befunde der angesprochenen Fallstudien dargelegt, die auf leitfadengestützten Interviews mit insgesamt 21 freiwillig Engagierten sowie Hauptamtlichen in sechs Organisationen der Alten-, Jugend- und Flüchtlingshilfe basieren.

Die doppelte Subjektivierung freiwilligen sozialen Engagements

Anknüpfend an die oben diskutierten Debatten um veränderte Ansprüche und Motivlagen auf individueller Ebene zeigt sich auch im Rahmen der qualitativen Fallstudien eine hohe Bedeutung von Subjektivität im freiwilligen Engagement. Auf individueller Ebene der Engagierten sind hier drei zentrale Tendenzen zu beobachten. Zuvorderst bestätigt sich die Zentralität von Selbstverwirklichungsansprüchen, für die das Engagement eine Art „enabler“ darstellt. Zweitens zeigt sich eine hohe Präferenz für das Einbringen persönlicher Interessen und Fähigkeiten. Es geht für einen großen Teil der Befragten nicht primär darum, „irgendetwas“ zu machen, sondern die Aufgaben und Tätigkeiten im Rahmen des Engagements nach eigenen Vorlieben zu

gestalten. Dies ist nicht selten mit relativ konkreten Vorstellungen einer als zufriedenstellend empfundenen Ausgestaltung der Engagementtätigkeit verbunden. Dies korreliert drittens in hohem Maße mit dem Wunsch nach Gestaltungsfreiheiten und -spielräumen sowie Autonomie im Rahmen des freiwilligen Engagements. Die Engagierten möchten ihre Aufgaben eigenständig interpretieren, ausfüllen und gestalten können. Hierarchische Top-Down-Organisationsstrukturen und Fremdbestimmung werden mehrheitlich abgelehnt. Etwaige Vorgaben zum Umfang, Aufgabenfeld oder der konkreten Tätigkeit seitens der Organisation werden nicht gewünscht – was im Übrigen nicht bedeutet, dass sich die Engagierten einer Planbarkeit und Verlässlichkeit des Engagements zu entziehen versuchen. Vielmehr wird der dialogische Charakter im Zusammenspiel mit der Organisation betont, in dessen Rahmen nach dem bestmöglichen Konsens zwischen organisationalen Anforderungen und individuellen Präferenzen gesucht wird.

Allerdings spielt die Subjektivität zunehmend auch auf der Ebene der jeweiligen Organisationen eine zentrale Rolle für die organisationale Einbindung der Engagierten. Vor allem neu gegründete Vereine und Netzwerke bieten einerseits einen sehr niedrigschwelligen Zugang für potentiell Engagierte. Gleichzeitig werden von ihnen häufig Eigeninitiative und die Fähigkeit zur Selbstmotivation verlangt. Gemeinsam mit den Engagierten wird dann ausgelotet, welche Interessen, Fähigkeiten und Erwartungen an das Engagement vorhanden sind, um dies mit den Erfordernissen der Institutionen abzugleichen. Die Organisation fungiert hierbei häufig als „Lotse“: Information und Beratung werden angeboten, die Engagementinteressierten jedoch nicht kleinteilig „an die Hand genommen“.

Ähnlich den arbeitssoziologischen Diagnosen einer intensivierten Subjektivierung von Arbeit lässt sich daher auch in Bezug auf freiwilliges soziales Engagement ein doppelter Subjektivierungsprozess beobachten: einerseits tragen Individuen vermehrt subjektive Ansprüche und Fähigkeiten in das Engagement hinein, andererseits wird dies von einigen Organisationen auch verstärkt eingefordert. Letzteres hängt zum einen mit den organisationalen Selbstverständnissen (flache Hierarchien, Gleichberechtigung) zusammen, zum anderen mit den vorhandenen Ressourcen, welche die Selbst-Organisation der Engagierten schlicht erforderlich machen. In der Folge dieses doppelten Subjektivierungsprozesses kann es im Verhältnis von

Organisation und Individuum sowohl zu einem Match als auch einem Mismatch kommen. Nicht selten treffen diese subjektiven Ansprüche auf Strukturen, welche die Gestaltungsspielräume und das Einbringen persönlicher Fähigkeiten ermöglichen. Andererseits können jedoch auch zu starre Organisationsstrukturen ein potentielles Engagement verhindern. Werden diese von Personen, die ihr Engagement autonom gestalten möchten, als unflexibel, hierarchisch und wenig partizipatorisch wahrgenommen, kann ein Ausweichen auf „offenere“ Organisationsformen die Folge sein. Insbesondere diese Konstellation steht häufig im Zentrum der Diskussion um die Rekrutierungsprobleme von etablierten (Groß-)Organisationen, wie sie auch in diesem Beitrag eingangs beschrieben worden sind. Dabei gerät in der derzeitigen Engagementdebatte nicht selten aus dem Blick, dass gleichermaßen ein Mismatch entsteht, wenn „klassisch“ Engagierte mit einer Präferenz für feste Strukturen und Aufgabenverteilungen auf Organisationen mit flachen Hierarchien treffen, die von den Engagierten ein hohes Maß an Eigeninitiative einfordern. Dies kann auf die Engagierten auch eine abschreckende Wirkung ausüben oder zur Überforderung führen. Die fehlende wissenschaftliche Rezeption kann unter Umständen darauf zurückgeführt werden, dass aus organisationaler Sicht dieser Mismatch für kleinere Organisationen mit flachen Hierarchien sich weitaus weniger problematisch darstellt als für (Groß-)Organisationen.

DIE ENGAGIERTEN MÖCHTEN
IHRE AUFGABEN EIGENSTÄNDIG
INTERPRETIEREN, AUSFÜLLEN UND
GESTALTEN KÖNNEN.

Digitalisierung: Antriebsmotor und Beschleuniger netzwerkförmiger Bottom-Up-Initiativen

Auch in den Fallstudien bestätigt sich die oben dargelegte Diagnose, wonach es zu einer zunehmenden Pluralisierung von Organisationsformen abseits etablierter Verbände und Vereine kommt. Als ein besonders dynamisches Feld zeigt sich hierbei die Flüchtlingshilfe, in der seit 2015 zahlreiche Bottom-Up-Initiativen entstanden sind. Insbesondere in derartigen Organisationen lässt sich eine hohe Bedeutung digitaler Medien beobachten¹³.

Diese werden jedoch nicht ausschließlich für die Öffentlichkeitsarbeit etc. genutzt, sondern sind genuiner Bestandteil der Art und Weise, wie das Engagement innerorganisational strukturiert und koordiniert wird. Digitale Medien, hierunter diverse Social-Media-Kanäle wie Facebook oder Whatsapp, sind hier häufig ein Antriebsmotor für die Professionalisierung derartiger Organisationen.

„DIGITALE MEDIEN WIE FACEBOOK ODER WHATSAPP SIND HÄUFIG EIN ANTRIEBSMOTOR FÜR DIE PROFESSIONALISIERUNG VON ORGANISATIONEN.“

Zu beobachten ist in diesem Zusammenhang eine funktionale Differenzierung innerhalb der Organisationen, die mit dem Aufbau dezentraler Strukturen sowie einer ausdifferenzierten Arbeitsteilung entlang unterschiedlicher Aufgaben- und Tätigkeitsfelder einhergeht. Dies trifft insbesondere auf die Wachstumsphase derartiger selbstorganisierter Gruppen zu, in deren Zuge es zu einer Zunahme sowohl von Engagierten als auch neuen Aufgabenfeldern kommt. Nicht selten werden hierbei „Expertenteams“ gebildet. So kommt es etwa in der Flüchtlingshilfe in Folge veränderter Bedarfe zu einer Ausdifferenzierung von Tätigkeitsschwerpunkten – aus der spontan organisierten Ersthilfe entstehen mit zunehmender Dauer arbeitsteilige Strukturen, in deren Rahmen ganz unterschiedliche Themenfelder wie Spracherwerb, Bildung und Arbeitsmarkt, Gesundheit sowie Freizeit und Sport ins Zentrum der Tätigkeiten rücken. Digitale Medien spielen hierbei eine zentrale Rolle für das Funktionieren dieser häufig autonom arbeitenden Gruppen, da hierdurch die Organisation und Kommunikation unter den Engagierten als auch der Austausch mit der Zielgruppe gewährleistet wird.

Die zentrale Folge derartiger Organisationsstrategien ist die Herausbildung verlässlicher und planbarer Strukturen und Abläufe. Entgegen zum Teil geäußerten anderslautenden Vermutungen liefern die Fallbeispiele keine Hinweise auf Überforderungstendenzen innerhalb dieser „jungen“ Bottom-Up-Initiativen. Dies gilt sowohl für neu gegründete Vereine als auch Initiativen und Netzwerke, die auf jegliche Form der Institutionalisierung verzichten. Zwar wird in letzterem Falle

zum Teil von wellenförmigen Engagementaktivitäten berichtet, welche jedoch aus Sicht dieser Netzwerke keinesfalls als problematisch eingestuft werden. Vielmehr verstehen sich derart lose Vergemeinschaftungsformen als Zweckverbände, die je nach Bedarf über digitale Medien auf einen Pool an Engagierten zugreifen und hierbei auf eingespielte Muster der digitalen Koordination zurückgreifen können.

Die Entgrenzung des Engagements: Wenn Privatleben und Engagement verschmelzen

Neben der Subjektivierung und der gestiegenen Bedeutung digitaler Medien für die Organisation und Koordination des Engagements zeigt sich in den Fallbeispielen ein weiterer Trend, der in der Engagementforschung bislang eher partiell Beachtung fand¹⁴: Die Entgrenzung zwischen Privatleben und Engagement. So lässt sich bei einem Teil der Engagierten, vornehmlich, aber nicht ausschließlich in der Flüchtlingshilfe, eine Verschiebung im Verhältnis zwischen den Engagierten und der Zielgruppe des Engagements beobachten. Letztere wird zu Bekannten oder Freunden der Engagierten, eine strikte Grenzziehung zwischen den Hilfsleistungen im Rahmen des Engagements und dem Privatleben findet häufig nicht statt. Zu den gemeinsamen Aktivitäten zählen etwa gemeinsames Kochen, Sport oder Ausgehen. Derartige Entgrenzungsprozesse sind hierbei so gut wie nie von Beginn der Engagementtätigkeit an intendiert, sondern entwickeln sich in einem längeren Prozess. Voraussetzung für Entgrenzung sind gewachsene persönliche Beziehungen sowie wechselseitige Sympathien.

Die Folgen dieser Entgrenzungsprozesse sind ambivalent. Auf der einen Seite berichten Befragte von einem als äußerst positiv wahrgenommenen Zugewinn an Gemeinschaftsgefühl, der für die Engagierten subjektiv auch mit Sinnstiftung verbunden ist. Gleichzeitig werden jedoch auch die Barrieren zu persönlichen Schicksalsschlägen und Problemen auf Seiten der Zielgruppe entgrenzt. So berichten einige Befragte von Belastungen im Engagement, die jedoch nur selten auf den zeitlichen Umfang des Engagements bezogen, sondern vielmehr Folge von emotionalen Belastungen sind. Wenngleich diese Beobachtungen kaum auf alle Engagierten und Engagementfelder übertragbar sein dürften, zeigen sich Verschiebungen im persönlichen Verhältnis von Engagierten und Zielgruppe, die erstens mit der obigen Diagnose einer Subjektivierung des Engagements im Zusammenhang stehen und zweitens

Fragen nach notwendigen Beratungsangeboten für die Engagierten aufwerfen.

Wie politisch ist soziales Engagement?

Neben den angesprochenen Trends zeigt sich in den Fallstudien eine wiederkehrende Thematisierung des Spannungsverhältnisses zwischen sozialem und politischem Engagement. Wengleich auch dieser Aspekt insbesondere im Bereich der Flüchtlingshilfe virulent ist, so ist er mitnichten ausschließlich hierauf zu reduzieren. Generell lässt sich dieses Spannungsverhältnis sowohl auf organisationaler als auch individueller Ebene beobachten. Im Hinblick auf Organisationen kreisen die Überlegungen der Befragten häufig um die angemessene Reichweite politischer Positionierungen. Hier stehen weniger politische Überzeugungen der Engagierten im Fokus, sondern die Frage, in welchem Maße sich die Organisation politisch betätigen solle. Im Bereich der Flüchtlingshilfe wird hierbei nicht selten auf eine, zumindest (partei-), politische Festlegung verzichtet. Vielmehr steht hier die pragmatische und häufig humanistisch ausgerichtete Hilfe für Asylsuchende im Vordergrund. Gleichzeitig wird in den Interviews von „moralischen Zwickmühlen“ berichtet, da angesichts der Alltagserfahrungen im Engagement (Abschiebep Praxis etc.) das soziale kaum vom politischen Engagement getrennt werden könne. Bei Organisationen der Alten- und Jugendhilfe zeigen sich zwar anders gelagerte Überlegungen, die jedoch zum Teil ebenfalls das skizzierte Spannungsverhältnis berühren. Im Zentrum stehen hier häufig Fragen nach der gesellschaftspolitischen Haltung der Organisation. Teilweise wird von dem Wunsch berichtet, stärker als bislang die zentralen Werte, für welche die Organisation eintrete, zu betonen. Dies wird primär als bürgerschaftliche Pflicht wahrgenommen, ist gleichzeitig jedoch auch eine Reaktion auf wahrgenommene gesellschaftspolitische Verschiebungen in Richtung rechtspopulistischer Stimmungen und Intoleranzen gegenüber Minderheiten. Deutlich wird somit auf organisationaler Ebene in allen drei untersuchten Engagementfeldern eine Auseinandersetzung mit der Reichweite der politischen Positionierung als Organisation, wobei „politisch“ in diesem Zusammenhang auch das Entstehen für als wichtig erachtete Grundüberzeugungen bedeuten kann.

Auf individueller Ebene zeigt sich hingegen eine äußerst hohe Heterogenität in der Frage, wie politisch das soziale Engagement von den Befragten interpretiert und ausgelebt wird. Speziell in der Alten- und Jugendhilfe kann nur selten eine genuin politische Motivation für das Engagement beobachtet werden; vielmehr dominieren altruistische oder humanistische Motivlagen. In der Flüchtlingshilfe zeigt sich indes ein höherer Politisierungsgrad, der jedoch unterschiedlichen Mustern folgt. Teilweise handelt es sich hierbei um Engagierte, die bereits vor der Aufnahme eines sozialen Engagements in der Flüchtlings- und Asylpolitik politisch aktiv waren. Die Motivation, dieses politische um ein soziales Engagement zu ergänzen, liegt hierbei in dem Gefühl der Befragten begründet, neben der politischen Interessenbekundung auch konkrete Hilfe für Geflüchtete leisten zu wollen. Ebenso häufig ist jedoch zu beobachten, dass Engagierte in der Flüchtlingshilfe erst *durch* ihre Engagementtätigkeit politisiert werden. Häufiger Grund hierfür ist persönliche Betroffenheit hauptsächlich in Fragen des Asylrechts und der Abschiebep Praxis – etwa im Rahmen von Patenschaften. Diese Politisierung kann durch die oben angesprochenen Entgrenzungsprozesse verstärkt werden.

AUF INDIVIDUELLER EBENE ZEIGT SICH EINE HOHE HETEROGENITÄT IN DER FRAGE, WIE POLITISCH DAS SOZIALE ENGAGEMENT INTERPRETIERT UND AUSGELEBT WIRD.



Die geflüchteten Menschen trafen in Deutschland auf große und spontan organisierte Unterstützung.

4. FAZIT

Der Beitrag hat, ausgehend von der Beobachtung eines Strukturwandels des Engagements, wesentliche Veränderungsprozesse freiwilliger Hilfsleistungen in der Alten-, Jugend- und Flüchtlingshilfe beleuchtet. Die Ausführungen zeigen, dass die auf Basis qualitativer Fallstudien generierten Befunde die These eines strukturellen Wandels freiwilligen sozialen Engagements weitgehend bestätigen, jedoch ebenso neuere Veränderungsprozesse zu beobachten sind. Dabei wirkt der durch den Zustrom von Flüchtlingen ausgelöste Engagementzuwachs als „Frischzellenkur“ für die zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Deutlich wird, dass die skizzierten Entwicklungen sowohl zwischen als auch innerhalb unterschiedlicher Engagementfelder und Organisationen in ihrer Intensität variieren. Die Befunde bestätigen insgesamt, dass die seit 2015 stark expandierende Flüchtlingshilfe ein äußerst dynamisches Feld sozialen Engagements darstellt und hier exemplarisch nachhaltige Strukturveränderungen des Engagements zu beobachten sind. Der Strukturwandel des Engagements ist jedoch nicht auf dieses Engagementfeld beschränkt, sondern zeigt sich, wenn auch in abgeschwächter Form, ebenso in der Alten- und Jugendhilfe. Als elementar für derartige neue Engagementformen kann die zunehmende Subjektivierung des Engagements betrachtet werden. Wie dargelegt, offenbaren sich derartige Tendenzen sowohl auf individueller Ebene der Engagierten als auch in „jungen“ Organisationsformen und Netzwerken. Insbesondere der stark ausgeprägte Gestaltungs- und Autonomieanspruch von Engagierten wirft hierbei

Fragen nach der Rekrutierung und Bindung von freiwilligen Helfern auf. Dies ist nicht beschränkt auf neu gegründete Initiativen, sondern hat auch für etablierte Akteure wie Vereine oder Verbände, die auf zivilgesellschaftliche Mithilfe angewiesen sind, weitreichende Implikationen.

Es stellt sich daher auch die Frage, wie Organisationen aufgestellt sein und welche Lernfähigkeiten sie besitzen müssen, um diese neuen Engagementpotentiale ansprechen und Strukturen schaffen zu können, die den Engagierten Gestaltungsfreiheiten ermöglichen. Eine „Weiter-So“-Strategie besonders von Großorganisationen ist möglich, könnte jedoch nachhaltige Nachwuchsprobleme und wenig dynamische Strukturen nach sich ziehen. Gleichzeitig stellt sich insbesondere für Wohlfahrtsverbände die Frage danach, wie sie sich zu neu gegründeten Netzwerken, Vereinen und Initiativen positionieren. Die zum Teil geäußerte Vermutung, wonach insbesondere neue Netzwerke in der Flüchtlingshilfe kaum von Dauer sein werden, kann bezweifelt werden, denn die qualitativen Fallstudien deuten eher eine schrittweise Verstetigung und Professionalisierung der Organisationsstrukturen an. Sinnvoll erscheint der Ausbau gezielter Kooperationen mit diesen neuen Initiativen und Netzwerken, die auch jetzt schon teilweise zu beobachten sind, häufig jedoch kaum systematisch initiiert werden. Dies ist deshalb erfolgsversprechend, als dass sich die jeweiligen Fähigkeiten und Ressourcen häufig ergänzen und hierdurch bislang nur marginal genutzte interorganisationale Synergieeffekte stärker ausgeschöpft werden könnten. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Seibring, Anne (2015): Editorial, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015*, S.2; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2016): *Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung*, Berlin; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2017): *Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts*, Berlin.
- ² Vgl. Evers, Adalbert/Klie, Thomas/Roß, Paul-Stefan (2015): *Die Vielfalt des Engagements. Eine Herausforderung an Gesellschaft und Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015*, S. 3-9; Braun, Sebastian (2013): *Gesellschaftlicher Wandel als Gestaltungsoption: Eine „sportbezogene Engagementpolitik“ als Zielperspektive?*, in: Ders. (Hg.): *Der Deutsche Olympische Sportbund in der Zivilgesellschaft. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur sportbezogenen Engagementpolitik*, Wiesbaden, S. 18-32; Evers, Adalbert (2017): *Lokale Governance, Engagement und die Rolle der Wohlfahrtsverbände*, in: Hoose, Fabian/Beckmann, Fabian/Schönauer, Anna-Lena (Hg.): *Fortsetzung folgt. Kontinuität und Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden, S. 231-250.
- ³ Pinl, Claudia (2015): *Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015*, S. 51 (Hervorh. i. Orig.).
- ⁴ Vgl. auch Walter, Franz (2013): *Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft*, in: Walter, Franz/Butzlaff, Felix/Marg, Stine/Geiges, Lars (Hg.): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek, S. 301-343.
- ⁵ Vgl. bereits Heinze, Rolf G./Strünck, Christoph (2001): *Freiwilliges soziales Engagement – Potentiale und Fördermöglichkeiten*, in: Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hg.): *Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven*, Opladen, S. 233-254.
- ⁶ Hackett, Anne/Mutz, Gerd (2002): *Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B9/2002*, S. 42.
- ⁷ Vgl. More-Hollenweger, Eva (2014): *Entwicklungen von Freiwilligenarbeit*, in: Zimmer, Annette E./Simsa, Ruth (Hg.): *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo Vadis?*, Wiesbaden, S. 301-314.
- ⁸ Vgl. Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2016): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, Wiesbaden.
- ⁹ Vgl. Klein, Ansgar (2015): *Grundlagen und Perspektiven guter Engagementpolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015*, S. 10-15.
- ¹⁰ Vgl. bereits Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin.
- ¹¹ Vgl. Beetz, Michael/Carsten, Michael/Rosa, Hartmut/Winkler, Torsten (2014): *Was bewegt Deutschland? Sozialmoralische Landkarten engagierter und distanzierter Bürger in Ost- und Westdeutschland, Weinheim und Basel*, S. 390 ff.
- ¹² Vgl., unter vielen, die Beiträge in Böhle, Fritz (Hg.) (2017): *Arbeit als Subjektivierendes Handeln. Handlungsfähigkeit bei Unwägbarkeiten und Ungewissheit*, Wiesbaden sowie Kleemann, Frank/Voß, G. Günter (2010): *Subjekt und Arbeitskraft: Arbeit und Subjekt*, in: Böhle, Fritz/Voß, G. Günter/Wachtler, Günther (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden, S. 415-450.
- ¹³ Zu aktuellen Diskursen um die Digitalisierung vgl., unter vielen, Steinbrecher, Michael/Schumann, Rolf (2015): *Update. Warum die Datenrevolution uns alle betrifft*, Frankfurt/New York sowie Brynjolfsson, Erik/McAfee, Andrew (2015): *The Second Machine Age: Wie die digitale Revolution unser aller Leben verändern wird*, Kulmbach (2. Aufl.).
- ¹⁴ Vgl. Mutz, Gerd/Costa-Schott, Rosária/Hammer, Ines/Layritz, Georgina/Lexhalter, Claudia/Mayer, Michaela/Poryadina, Tatiana/Ragus, Sonja/Wolff, Lisa (2015): *Engagement für Flüchtlinge in München. Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss. München.*

MUSLIMISCHE GEMEINDEN ALS KOMMUNALE AKTEURE – PARTIZIPATION ALS GRUNDSATZ UND ZIEL

Sebastian Johna

Projektleiter „Migration und Integration“
Goethe-Institute in Deutschland

Wesentliche Grundsätze der Arbeit des Goethe-Instituts im Handlungsfeld „Islam in Deutschland“ sind, partizipative Elemente in Projektkonzepten stark zu machen und Projektarbeit auf das Ziel der Verbesserung von Teilhabe hin auszurichten.

Beide Grundsätze konnten, unterschiedlich ausgeprägt und an vorgefundene Bedingungen angepasst, bereits in einer Reihe von Einzelprojekten realisiert werden und lassen so auch konzeptionelle Querverbindungen entstehen, die eine sinnvolle Zusammenfassung der Einzelprojekte zu einem Handlungsfeld ermöglichen.

Wie Partizipation dabei verstanden wird, lässt sich besonders gut am Projekt *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure* (MakA) und dem direkt anschließenden Fortsetzungsprojekt *Islamische Gemeinden als kommunale Akteure* beschreiben.

Beide Projekte konnte das Goethe-Institut in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung umsetzen. Im Rückblick auf diese Zusammenarbeit, die 2012 begonnen wurde und mit dem Fortsetzungsprojekt in diesem Jahr endet, kann gesagt werden, dass sie entscheidend zur Verstetigung eines sehr speziellen Handlungsfelds des Goethe-Instituts beigetragen hat.

Gründe dafür sind die gemachten Praxiserfahrungen, der Transfer dieser Erfahrungen auf angrenzendes Engagement im Bereich „Migration und Integration“ und

Lena Westerbarkey

Projektassistentin „Migration und Integration“
Goethe-Institute in Deutschland

die dadurch immer wieder neu gestellten Fragen nach sinnvollen Handlungsstrategien, Glaubwürdigkeit und der Umsetzbarkeit selbst gewählter Arbeitsgrundsätze.

Die im Konzept zu *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure* beschriebene Verpflichtung auf die Einhaltung eines partizipativen Grundsatzes in der Projektsteuerung kann ohne Weiteres als Wagnis bezeichnet werden. Tatsächlich wurde die kontinuierliche und möglichst weitgehende Einbeziehung der Teilnehmenden in alle projektrelevanten Entscheidungen als wichtigste Aufgabe der Projektleitung formuliert. Die Umsetzung dieser Aufgabe wurde durch eine externe Evaluation überprüft. Regelmäßige Feedbacks an die Projektleitung und den weiteren Kreis der Projektverantwortlichen gaben ein zuverlässiges Bild darüber ab, inwieweit den Teilnehmenden tatsächlich Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt wurden.

Schon in der ersten Phase des Projekts wurde offenkundig, welche praktischen Hürden der Realisierung der Mitwirkungsmöglichkeiten gegenüberstanden.

Die Gestaltung der Projekthinhalte gemäß der Interessen- und Bedarfslage der Teilnehmenden war deren Aufgabe selbst. Dazu wurden an den fünf Projektstandorten (Essen, Hamburg, Hamm, Ingolstadt und Mannheim) Workshops mit den dortigen Teilnehmergruppen durchgeführt. So trafen sich in einer Abfolge von Konzeptions- und Planungsworkshops über einen Zeitraum von etwa vier Monaten je nach Standort

etwa 15 Frauen und Männer, die sich in unterschiedlichen Funktionen in lokalen islamischen Gemeinden engagierten. Diese eine Teilnahmebedingung war allen Teilnehmenden gemein. Im Übrigen waren die Hintergründe der einzelnen Teilnehmenden sowie auch die angegebenen Motivationen zur Teilnahme denkbar verschieden. Das Projekt vereinte Teilnehmende aus - Deutschland mitgezählt – 11 Herkunftsstaaten, die sich in insgesamt 41 Gemeinden mit Zugehörigkeit zu sieben Deutschen Islamverbänden ehrenamtlich engagierten und dort Vorstandsämter bekleideten, für Jugend- oder Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich waren oder, als Imame und Vorbeter, zum religiösen Personal ihrer Gemeinden zählten. Diese Heterogenität, verbunden mit der Arbeit in fünf Kommunen, war das Potential, das es über den partizipativen Projektansatz zu fassen und mit praktischen Arbeitszielen zu verknüpfen galt.

Neben den Sprachniveaus einzelner Teilnehmenden waren fehlende Gremienerfahrung und Vertrautheit mit in Workshops üblichen Methoden wie Gruppenarbeit und der Präsentation erarbeiteter Inhalte, Hürden, die einer schnellen Realisierung des Partizipationsgrundsatzes schon mit Projektbeginn im Wege standen.

Die Relevanz dieser Hürden sowie auch der Zeitraum, den es zu deren Abbau brauchte, wurden zu Projektbeginn unterschätzt. Dies blieb natürlich nicht folgenlos für den Projektverlauf. So wurde z.B. durch einige Teilnehmenden gegenüber der Projektleitung offen kritisiert, dass vorgegebene Inhalte fehlten und damit unklar sei, welches Ziel mit dem Projekt überhaupt verfolgt würde. Entsprechend zusammenhanglos wurden dann auch Ideen für Projektveranstaltungen entwickelt. Erst nach etwa einem halben Jahr und nach wiederholtem Thematisieren des partizipativen Projektansatzes wurde das Fehlen inhaltlicher Vorgaben als gestalterischer Spielraum zur Umsetzung eigener Ideen und die für die Lebendigkeit des Projekts erforderliche aktive Rolle der Teilnehmenden erkannt.

In der Folgezeit konnte beobachtet werden, wie die Gruppen an den Standorten zwar recht unterschiedliche, aber doch immer auf ein bestimmtes Ziel fixierte Projektinhalte entwickelten. Das besondere Engagement Einzelner für das Projekt, aber auch fortschreitende Gruppenbildungsprozesse an den Projektstandorten führten dazu, dass mit Ende des Projekts *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure* im Dezember 2015 an allen fünf Projektstandorten messbare Arbeitsergebnisse erreicht wurden.

So war es dann auch das Ziel des Fortsetzungsprojekts *Islamische Gemeinden als kommunale Akteure* direkt an diese Arbeitsergebnisse anknüpfend, die weitere Unterstützung für Teilnehmergruppen an den Standorten Essen und Ingolstadt zu ermöglichen.

Für die Projektarbeit in Essen, die hier detaillierter beschrieben werden soll, bedeutete dies, den Fokus auf das Thema „Junge Muslime“ zu legen und ganz konkret den Aufbau einer gemeindeübergreifenden muslimischen Jugendgruppe zu unterstützen.

PRAXISBERICHT – EIN KOMMUNALER ANSATZ AM PROJEKTSTANDORT IN ESSEN

Bevor sich der Fokus „Junge Muslime“ in Essen herausstellte, wurden eine Reihe verschiedener Themen behandelt, die zwar aus dem Projektverlauf heraus keinen unmittelbaren Zusammenhang erkennen ließen, in der Rückschau aber eine Entwicklung hin zur Auseinandersetzung mit der besonderen Situation junger Muslime in den Gemeinden, aber auch innerhalb der Stadtgesellschaft erkennen lässt.

Zu Projektbeginn standen zunächst Themen auf der Agenda, in denen sich ein deutlicher Wunsch nach besserer Informiertheit über das kommunale Umfeld islamischer Gemeinden in Essen ausdrückt. Neben allgemeinen Grundlagen des Deutschen Rechtsstaats und staatlicher Organisation in Deutschland, ging es um den Aufbau der Kommune, kommunale Aufgabengebiete, damit verbunden Entscheidungsbefugnissen der kommunalen Verwaltung und besonders den direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern. So wurde z.B. eine Veranstaltung durchgeführt, zu der die integrationspolitischen Sprecher der im Rat der Stadt vertretenen Parteien eingeladen wurden. In Veranstaltungen wie dieser waren konkret diskutierte Fragestellungen und Bedarfe der Teilnehmer/-innen:

- Die Etablierung von Badezeiten in städtischen Bädern, zu denen Geschlechtertrennung stattfinden kann.
- Die Gründung und der Betrieb islamischer Kindergärten und Senioreneinrichtungen.
- Vermittlung von muslimischen Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien.
- Die Teilhabe von Muslimen an der kommunalen Gemeinschaft, z.B. durch die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Ämtern und Behörden.

Das sind Beispiele für den oben beschriebenen Wunsch, den Blick nach außen, auf das Umfeld der Gemeinden zu richten. Im Anschluss daran zeigte sich, dass den Teilnehmer/-innen auch ein Blick nach innen, in die eigenen Gemeinden und deren Verfasstheit wichtiger wurde. Auf der Agenda des Projekts standen dann Themen wie Vereinsarbeit (in ihrer organisatorischen aber auch rechtlichen Dimension) oder auch die Rolle und Funktion von Imamen. Die Behandlung dieses Themas führte dazu, dass Jugendliche, die bis dahin nicht an Projektveranstaltungen teilgenommen hatten, aber im Projekt vertretenen Gemeinden angehörten, Interesse zeigten. So wurde mit der Frage nach der Rolle und Funktion der Imame in den Gemeinden auch das Angebot diskutiert, das Imame jungen Muslimen machen können und davon ausgehend – und in logischer Konsequenz – die Frage, wie es überhaupt um die Qualität der Angebote steht, die Gemeinden Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen machen. Die Gespräche darüber waren von bemerkenswerter Offenheit und Konstruktivität geprägt. In einer Reihe von Veranstaltungen, die auch eng durch das Kommunale Integrationszentrum und den Arbeitskreis Jugend in Essen begleitet wurden, begegneten sich Jugendliche, Imame und Vereinsvorstände, um gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, bestehende Angebote der Jugendarbeit zu überarbeiten und neue zu schaffen.

Der Fokus auf das Thema „Junge Muslime“ wurde also nicht gesetzt, sondern von den Teilnehmenden selbst entwickelt.

Schnell stand fest, dass das Engagement für die Sache, das sich so unter den Beteiligten entwickelt hat, nicht auf einzelne Veranstaltungen begrenzt bleiben durfte, sondern einen passenden strukturellen Rahmen brauchte, durch den eine gewisse Kontinuität sichergestellt war. Diesen Rahmen bot die Kommission Islam und Moscheen in Essen (KIM-E), deren kommunale und gemeindeübergreifende Ausrichtung sowie der Umstand, dass sie als Projektpartner von Anfang an eine zentrale Rolle für die Projektarbeit in Essen gespielt hatte, eine gute Plattform für die weitere Arbeit bot.

Das Erreichen dieses wichtigen Meilensteins fiel in die letzte Projektphase von *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure*, in den Spätsommer 2015. So galt es, dem Engagement nicht nur eine Struktur, sondern eben auch eine Perspektive zu geben. Diese wurde möglich durch das Anschlussprojekt *Islamische Gemeinden als kommunale Akteure*, durch das die Pro-

jektarbeit an zwei der insgesamt fünf Standorte für weitere 20 Monate fortgesetzt werden konnte. Neben Ingolstadt – dort mit dem Ziel des Aufbaus eines islamischen Besuchsdiensts für Patienten am städtischen Klinikum – fiel die Wahl auf Essen. Verbunden mit dem Ziel des Aufbaus einer kommunal aktiven muslimischen Jugendgruppe: *Der KIM-E Jugend*.

„DIE KIM-E JUGEND VERSTEHT SICH ALS PLATTFORM FÜR MUSLIMISCHE JUGENDLICHE AUS ESSEN, DIE SICH EHRENAMTLICH ENGAGIEREN ODER DIES ZUKÜNFTIG GERNE WOLLEN.“

WAS IST DIE KIM-E JUGEND?

Bei der *KIM-E Jugend* handelt es sich um eine Gruppe von muslimischen Jugendlichen aus unterschiedlichen islamischen Gemeinden und anderen Organisationen in Essen. Die Vielfalt an persönlichen Hintergründen der einzelnen Mitglieder und die so möglichen vielfältigen Zugänge zu muslimischen Communities in Essen, zeichnen die Gruppe aus. Die Mitglieder – zugleich auch Teilnehmer/-innen des Fortsetzungsprojekts – engagieren sich überwiegend in ihren Essener Gemeinden im Bereich der Jugendarbeit, bringen also diesen gemeinsamen Hintergrund mit, möchten ihr Engagement in der Gruppe aber nicht darauf reduzieren, sondern potentiell weiter verstanden wissen. Die *KIM-E Jugend* versteht sich also als Plattform für muslimische Jugendliche aus Essen, die sich ehrenamtlich engagieren oder dies zukünftig gerne wollen. Die Gruppe ist nicht als Verein eingetragen oder ansonsten rechtlich verfasst. Entsprechend definiert sich eine Mitgliedschaft nicht über Eintritte oder Anmeldungen, sondern über Engagement und die Beteiligung an Veranstaltungen. Über die letzten eineinhalb Jahre umfasste die Gruppe – bei geringer Fluktuation – etwa 10 Mitglieder.

INHALTE / SCHWERPUNKTTHEMEN – EIN PRAKTISCHER EINBLICK

Die KIM-E Jugend hat sich im Rahmen ihrer Arbeit nicht nur auf ein spezifisches Thema fokussiert. Vielmehr stand die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Inhalten und Schwerpunkten im Vordergrund.

Es fanden diverse Workshops und Infoveranstaltungen statt, zu denen meist andere aktive oder interessierte Jugendliche aus der Stadt Essen von der KIM-E Jugend eingeladen wurden.

So fanden mehrere Fastenbrechen mit Jugendlichen aus unterschiedlichen islamischen Gemeinden statt, Infoveranstaltungen zu Bildungs- und Stipendienangeboten für islamische Studierende bzw. angehende Studenten und Studentinnen, eine Kochaktion mit unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen, eine Infoveranstaltung zum Thema Islamischer Religionsunterricht an Schulen in Nordrhein Westfalen, Mitwirkung beim *Arche Noah Projekt* (ein Gemeinschaftsprojekt des Initiativkreises Religionen in Essen, der Stadt Essen und weiterer Kooperationspartner) sowie Fortbildungen zum Thema Social Media und Öffentlichkeitsarbeit oder JuLeiCa (Jugendleitercard für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit).

Bei diesen Veranstaltungen und Workshops stand der Vernetzungsgedanke im Vordergrund. So wurden wichtige Kooperationspartner/-innen aus der Stadt Essen bei den Planungen mit einbezogen bzw. eingeladen. Neben der Vernetzung mit kommunalen Ansprechpartnern, war der *KIM-E Jugend* aber auch wichtig, mit ihren Themen andere Jugendliche anzusprechen, Informationsangebote für sie bereitzustellen oder sie gar zum ehrenamtlichen Engagement in der Gemeinde oder im Verein zu motivieren. Die *KIM-E Jugend* tauschte sich nicht nur mit Jugendlichen islamischen Glaubens aus, sondern suchte auch das Gespräch mit Jugendlichen anderer Konfessionen, die sich beispielsweise in Jugendverbänden (wie der Evangelischen Jugend) engagieren. Dies mit dem Ziel sich einerseits kennenzulernen, andererseits aber auch, um voneinander zu lernen und gemeinsame Ideen zu entwickeln.

Die KIM-E Jugend hat sich während der Projektlaufzeit ganz bewusst mit verschiedenen Themen beschäftigt, um so möglichst viele Personen und Zielgruppen in Essen mit ihren Vorhaben und Ideen anzusprechen.

In der letzten Projektphase hat sich die Gruppe verstärkt mit dem Thema Social Media auseinandergesetzt. Hierbei ging es um den professionellen Facebook-Auftritt der *KIM-E Jugend* sowie um die Entwicklung eines Blogs. Die Gruppe wird sich nun über die Projektlaufzeit hinaus verstärkt mit der Entwicklung des Blogs beschäftigen. Zielgruppe sollen sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Jugendliche im Raum Essen

und darüber hinaus sein. Thematisch soll es um Inhalte gehen, mit denen sich Jugendliche identifizieren können: Lebenswelten von jungen Muslimen, Meinungsbilder zu aktuellen Themen aus Politik, aus dem Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit sowie Berichte mit lokalem Charakter (Essener Stadtgeschehen) und vieles mehr. Gastbeiträge von muslimischen und nicht-muslimischen Bloggern/Autoren sollen den Blog inhaltlich unterstützen. Auch hier steht der Gedanke der Vernetzung auf kommunaler Ebene im Vordergrund. Klar ist aber auch, dass ein Blog weder die Veranstaltungen noch den persönlichen Austausch ersetzen kann, sodass die *KIM-E Jugend* weiterhin Formate für interkulturelle und interreligiöse Begegnungen entwickeln wird.

DIE KIM-E JUGEND HAT SICH WÄHREND DER PROJEKTLAUFZEIT GANZ BEWUSST MIT VERSCHIEDENEN THEMEN BESCHÄFTIGT, UM SO MÖGLICHST VIELE PERSONEN UND ZIELGRUPPEN IN ESSEN MIT IHREN VORHABEN UND IDEEN ANZUSPRECHEN.

HÜRDEN UND BEDARFE DER PROJEKTARBEIT

Durch die intensive Projektarbeit am Standort in Essen wurden die Projektleitung und die Teilnehmenden mit einigen Hürden konfrontiert. Darüber hinaus konnten Bedarfe identifiziert werden, die ganz generell für das ehrenamtliche Engagement von Muslimen eine Rolle spielen.

Die *KIM-E Jugend* besteht ausnahmslos aus ehrenamtlich engagierten, jungen Menschen, die sich neben der Ausbildung, dem Studium oder der Arbeit für die Jugendarbeit und andere kommunale Themen einsetzen. Da ist es nicht verwunderlich, dass sowohl die Koordination von Terminen als auch der Zeitaufwand eine enorme Hürde für das Engagement der Gruppe darstellte. Durch Teamarbeit und das Verteilen von Zuständigkeiten konnte dem entgegengewirkt werden.

Darüber hinaus kann durch die Projektarbeit vor Ort immer wieder festgestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement ohne den Einsatz finanzieller Ressourcen nicht möglich ist. Allerdings ist es gerade für Gruppen, wie die *KIM-E Jugend*, meist aus vielen Gründen nicht möglich, eigene Mittel aufzubringen. Gerade islamische Gruppen, die ehrenamtlich aktiv sind, sollten aus diesem Grund verstärkt die Möglichkeit erhalten, sich mit den Grundlagen und Methoden des Fundraising sowie mit der Antragstellung von Drittmitteln vertraut zu machen, sei es durch Fortbildungen oder Workshops.

CHANCEN DER ZUSAMMENARBEIT

Die Arbeit mit der *KIM-E Jugend* hat im Projektverlauf auch viele Chancen aufgezeigt. Generell konnte festgestellt werden, dass in der Partizipation von jungen Muslimen ein großes Potential steckt, welches unbedingt gefördert und unterstützt werden sollte. Vielfach vollzieht sich das ehrenamtliche Engagement von Muslimen im Stillen. Es gibt nur wenige Medienberichte, die dieses Thema aufgreifen. Umso wichtiger ist es, auch dieser Zielgruppe die Möglichkeit zu geben, sich weiterzuentwickeln, um stabile Strukturen für eine nachhaltige Arbeit zu schaffen. Ein erster, zentraler Schritt sollte daher auch sein, die eigenen Projekte nach außen in die Kommune zu tragen und zu bewerben, sei es durch Einladungen zu Veranstaltungen oder Berichte über bereits Geschehenes. Dies kann durch die Teilnahme an Runden Tischen der Stadt, Facebook, Flyer, Plakate, die Lokalpresse u.v.m. erfolgen.

Die Einbeziehung von lokalen Partnern aus der Stadtgesellschaft ist unabdingbar, da gut funktionierende Strukturen nur so entstehen können. Eine erfolgreiche Vernetzung ist das A und O für ehrenamtliche Projektarbeit und besonders für neue Gruppen und junge Initiativen wichtig, um bekannt zu werden und unterschiedliche Zielgruppen mit ihren Ideen und Themen zu erreichen.

FAZIT

Der Praxisbericht zeigt auf, wie das Goethe-Institut Integrationsarbeit sieht und konkret umsetzt. Ein niedrigschwelliger und partizipativer Ansatz, der direkte Kontakt zu den Projektteilnehmenden sowie die kommunale Vernetzung sind Merkmale, die die Arbeit auszeichnen.

Dies immer unter Berücksichtigung, dass sich Integrationsarbeit mit Fragestellungen und Herausforderungen beschäftigt, die nicht abschließend beantwortet oder gelöst werden können. Vielmehr geht es darum, mit beidem immer wieder neu umzugehen und passende Angebote zu entwickeln, die Zeitgeist, die Verfasstheit der Gesellschaft, dabei Verbindendes und Trennendes, politische Moden und vieles mehr mitdenken. Insofern sind die sich wiederholenden Momente der Integrationsarbeit eben nicht als ein auf der Stelle treten oder gar Scheitern von Integrationsbemühungen zu denken, sondern als fortlaufende und immanent wichtige Aktualisierungsprozesse. Daraus resultierend ist es sinnvoll, Integrationsarbeit insgesamt prozesshaft zu denken. Ihre Ergebnisse und Erfolge sind in vielen Fällen nicht beständig. Dass das so ist, ist kein Problem, solange der Prozess die Dinge vorantreibt und neue Resultate liefert, die immer wieder an die Stelle des bereits Erreichten treten können. Aufgabe der Integrationsarbeit in diesen Prozessen kann dann eben gerade nicht sein, statische Ziele zu formulieren, die in der Praxis oft entweder nicht erreicht werden oder so wenig nachhaltig sind, dass sie schon mit Projektende nicht mehr wahrnehmbar sind. Vielmehr ist es Aufgabe der Integrationsarbeit, die Dynamik der Prozesse sicherzustellen. Sich also als eine Kraft zu positionieren und dort zu wirken, wo der Prozess zu erlahmen droht, z.B. weil Ressourcen fehlen, es an Ideen mangelt oder gute Ideen auf Widerstände stoßen. Eine so gedachte Integrationsarbeit setzt sich Aktivität zum Ziel und daraus resultierend die Aktivierung und Entwicklung wichtiger Akteure.

Das ist, verkürzt und im Wesentlichen, die Leitidee nicht nur für das Konzept *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure*, sondern für das Engagement des Goethe-Instituts im Handlungsfeld „Migration und Integration in Deutschland“ insgesamt.

Konsequent daraus abgeleitet wurde für *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure* ein partizipativer Ansatz gewählt und auf die Vorgabe bestimmter Projektinhalte verzichtet. Ebenso konsequent aus der Leitidee entwickelt wurde die Rolle des Goethe-Instituts als Projektverantwortlicher und die Koordinierung der Rollen der beteiligten Projektpartner.

Das Projekt hat über seine fast fünfjährige Laufzeit eine Reihe von Ergebnissen erzielt, die als Projekterfolg hätten beschrieben werden können. In der Projektdokumentation beschrieben, in der Praxis jedoch längst nicht mehr nachvollziehbar, taugen sie nicht dazu, zu beschreiben, was MakA erreicht hat.

Sie sind aber insofern wichtig, als sie den Weg nachzeichnen, den das Projekt genommen hat und an dessen Ende eben doch messbare und stabile Ergebnisse stehen. Ergebnisse wie eine aktive muslimische Jugendgruppe in Essen, ein ehrenamtlicher islamischer Besuchsdienst am Klinikum Ingolstadt oder auch eine in Hamburg immer noch aktive und selbstorganisierte Gruppe von engagierten Muslimen, die sich für den Islamdialog in der Stadt einsetzt.

Von Projektbeginn an war den Verantwortlichen durchaus bewusst und auch gewollt, dass sich die Arbeit an den einzelnen Projektstandorten an ihre spezifische kommunale Umgebung anpasst und in diesem Sinne auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. So musste überhaupt erst herausgefunden werden, wie sich diese Umgebung zusammensetzt, welche Themen, Bedarfe, Akteure, Problemlagen etc. es vor Ort gibt.

So haben wir insbesondere festgestellt, dass es in den islamischen Gemeinden zwar nur selten koordinierte Großprojekte gibt, dafür aber eine Vielfalt an kleineren, oft von Einzelnen verantworteten, Angeboten. Darunter fallen Aktionen zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit, Hausaufgabenbetreuung, muttersprachlicher Unterricht, Sportangebote, Nähkurse, natürlich auch Koranunterricht und vieles mehr.

Unser Ziel war nun gerade nicht, diese Engagements zu fördern, sondern vielmehr die Organisationen und Einzelpersonen zu identifizieren, die dieses Engagement tragen, um sie für die Projektidee zu gewinnen und ihnen einen offenen Raum für den Austausch von

Erfahrungen und Möglichkeiten zur Kombination von Ressourcen zu bieten.

„EINE ERFOLGREICHE VERNETZUNG IST DAS A UND O FÜR EHRENAMTLICHE PROJEKTARBEIT UND BESONDERS FÜR JUNGE INITIATIVEN WICHTIG, UM BEKANNT ZU WERDEN UND UNTERSCHIEDLICHE GRUPPEN MIT IHREN IDEEN UND THEMEN ZU ERREICHEN“

Adressiert wurden die Teilnehmenden dabei ganz bewusst als engagierte Muslime. Die von allen Teilnehmenden geteilte Religionszugehörigkeit war sicher nicht der einzige, aber doch eine ganz entscheidende Gemeinsamkeit, als es darum ging, sinnvoll zusammenzufügen, was Einzelne an Ideen, Fähigkeiten und Ressourcen aus eigener Arbeit bereit hielten.

Ein religionsbasierter Ansatz ist dann sinnvoll, wenn er genau das vermag. Wenn er Verbindendes offenlegt, dazu beiträgt höchstpersönliche Motivationen zu identifizieren und die Ausrichtung partikulärer Interessen auf ein gemeinsames Sachziel hin unterstützt.

Das Projekt *Muslimische Gemeinden als kommunale Akteure* hat einmal mehr das Potential dieses Ansatzes aufgezeigt. ■



Die Fatih-Moschee in Essen Katernberg.

GUTES BESSER MACHEN – POTENZIALE GANZHEITLICHER PROJEKTANSÄTZE IN DER INTEGRATIONSARBEIT



Prof. Dr. Volker Kronenberg
Projektleiter und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bonner Akademie, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Marco Jelic
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn



Jasmin Sandhaus
Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bonner Akademie

1. ZUM STAND DER INTEGRATION IM RUHRGEBIET

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiös-kultureller Hintergründe ist für das Ruhrgebiet, das gerne als „Schmelztiegel der Kulturen“ bezeichnet wird, in der Tat nichts Neues. Von den „Ruhrpolen“, die Anfang des 20. Jahrhunderts kamen, um im Bergbau zu arbeiten, über die „Gastarbeiter“-Anwerbung in den 1950er und 1960er Jahren war Migration im industriellen Herzen Deutschlands stets ein prägendes gesellschaftliches Phänomen. Das Ruhrgebiet ist heute eine der vielfältigsten Regionen Deutschlands. Lange wurde diese gesellschaftliche Realität politisch nicht anerkannt, Integration wurde weder eingefordert noch gab es entsprechende Angebote für die Einwanderer. Dementsprechend fehlte es lange an der notwendigen Unterstützung – von Sprachkursen über Beratung beim Zugang zu Gesundheitsleistungen bis hin zu interkulturellen Begegnungsmöglichkeiten in der Freizeit – die den damaligen Einwanderern dabei halfen, in der neuen Heimat anzukommen.

Spätestens seit Ende der 1990er Jahre verschieben sich die Einwanderung und Integration betreffenden Paradigmen und Parameter politisch jedoch zunehmend: Sowohl Bund, Länder und Kommunen, als auch private Stiftungen, Wohlfahrtsverbände oder Sozialunternehmen sind sehr aktiv in der Integrationsarbeit. Gerade im Ruhrgebiet, wo jeder vierte Bürger einen Migrationshintergrund hat, existiert ein vielfältiges Angebot, das sowohl die strukturelle Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt als auch die kulturelle Identifikation mit Deutschland als Heimat fördern soll. Die Erfolge dieser Bemühungen sind zunehmend feststell- und messbar, wie auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt.¹ Im internationalen Vergleich mit Einwanderungsländern wie Frankreich und Großbritannien sind Muslime in Deutschland besser in den Arbeitsmarkt integriert und fühlen sich Deutschland auch emotional zugehöriger. Neben politischen Bestrebungen sind hierfür auch die vielfältigen Integrationsprojekte vor Ort verantwortlich, die oftmals auf nachbarschaftliche oder individuelle Initiativen zurück-

gehen. Der positive Befund darf aber auch nicht überbewertet werden: Noch immer gibt es Defizite, nicht nur mit Blick auf die Integrationsbereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund, sondern gerade auch was die Offenheit und Toleranz der Mehrheitsgesellschaft angeht.² Die Angebote sind jedoch bisher noch nicht ausreichend, um die bestehenden Bedarfe in ihrer Komplexität abzudecken.

Gerade die Ruhrgebietsstädte, die bundesweit zu den ärmsten Kommunen zählen, sind alleine nicht in der Lage, die – speziell seit den jüngsten Migrationsbewegungen – stetig wachsenden Bedarfe angemessen zu adressieren. Dies liegt zum einen an mangelndem finanziellen Spielraum, zum anderen aber auch immer noch an fehlenden Zugängen zu den Communities sowie mangelnder interkultureller Sensibilität, auch wenn in diesem Bereich in den letzten Jahren durchaus Fortschritte erzielt wurden. Private Initiativen und Stiftungen versuchen zwar, die Lücken mit eigenen Angeboten zu schließen; dennoch lässt sich attestieren, dass auch drängende Bedarfe noch immer nur unzureichend adressiert werden.

Beim Blick in andere Einwanderungsgesellschaften wird deutlich, dass Verbesserungen nicht zwangsläufig große finanzielle oder personelle Anstrengungen erfordern; auch vergleichsweise einfache Maßnahmen können einen großen Effekt haben: Vor allem die Umsetzung ganzheitlicher Integrations- und Projektansätze verspricht großes Potenzial für die Integrationsarbeit im Ruhrgebiet und kann dazu beitragen, vorhandene Lücken zu schließen. Ganzheitlich konzipierte Maßnahmen bedienen, anders als viele der bestehenden – teilweise (hoch-)spezialisierten und fokussierten – Initiativen, ein deutlich größeres Spektrum an Bedarfen und können damit nicht nur eine größere Zielgruppe erreichen, sondern auch differenzierter und flexibler auf deren konkrete Bedürfnisse eingehen. Das Potenzial dieser ganzheitlichen Integrationsansätze für das Ruhrgebiet liegt weniger in der Etablierung neuer Institutionen, die diesem Anspruch gerecht werden, sondern vielmehr in der Möglichkeit, das Ziel weitestgehend durch eine effektivere Nutzung und Vernetzung der bestehenden Strukturen erreichen zu können. Dafür gilt es, zunächst die bestehenden Angebotslücken zu identifizieren und diese dann durch Anpassung, Vernetzung und ggf. Ergänzung bestehender Maßnahmen zielgerichtet zu adressieren.

2. BEDARFE IN DER INTEGRATIONSARBEIT

Die grundlegenden Parameter für gelungene Integration lassen sich in zwei Kerndimensionen einordnen: Zunächst beschreibt die (1) strukturell-funktionale Ebene die politische, rechtliche und sozio-ökonomische Teilhabe in allen Institutionen und Bereichen der Mehrheitsgesellschaft. Als Kriterien gelten die Einbindung in Bildungssystem und Arbeitsmarkt, der Zugang zum Gesundheitssystem, die zivilgesellschaftliche Partizipation, etwa in Form von ehrenamtlichem Engagement oder der Mitgliedschaft in einer Partei, aber auch das grundsätzliche Vorhandensein von Vertrauen in staatliche Institutionen wie das Parlament, die Polizei oder die deutsche Justiz. Gerade im Bildungssektor zeigen Statistiken, dass Schüler mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig die Schule ohne Abschluss verlassen und insgesamt schlechter abschneiden. Gerade weil dies nicht auf ihren kulturellen oder religiösen Hintergrund, sondern vielmehr auf sozio-ökonomische Faktoren zurückzuführen ist, gilt es, diese Unterschiede abzubauen und die Problematik im Rahmen passgenauer Angebote zu adressieren, um auszugleichen, was die Schulen unter jetzigen Bedingungen nicht allein zu leisten in der Lage sind.

Kulturell-identifikatorische Integration (2) wird wiederum mit der emotiven Bindung der Migranten an das Gemeinwesen gleichgesetzt. Zu ihren Parametern zählen die Identifikation etwa mit der Stadt, der Region oder dem deutschen Staat, idealerweise im Einklang mit der Verbundenheit zum eigenen Herkunftsland beziehungsweise den familiären Wurzeln. Dass es sich gerade bei der emotiven Bindung an Deutschland als Heimat um eine anspruchsvolle Kategorie handelt, zeigen nicht zuletzt auch die Wahlergebnisse eines Teils der in Deutschland lebenden Türken beim Verfassungsreferendum oder die hohen Besucherzahlen bei Wahlkampfveranstaltungen türkischer Politiker in Deutschland. Ebenso gehören die positive Akzeptanz gesellschaftlicher Einstellungen und Normen sowie die freiheitlich-demokratischen Grundordnung dazu. Ein vielfach unterschätzter Aspekt betrifft schließlich auch die sozialen Beziehungen zur Mehrheitsgesellschaft, denn gerade persönlicher Austausch, Kontakt und Dialog fördern Integration nachhaltig und langfristig.

Dies gilt in beide Richtungen, denn – anders als vielfach (implizit) angenommen – liegen die Bedarfe jedoch nicht nur bei den Migranten, sondern auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft. In strukturell-funktionaler

Hinsicht gilt es hier insbesondere, Institutionen und Einrichtungen für Migranten zu öffnen. Gerade hier lassen sich Defizite attestieren, wie etwa ein Blick auf die Zugänge zum Gesundheitssystem oder die Diskussion um anonymisierte Bewerbungen, die (auch) Diskriminierung auf Grund von Herkunft entgegenwirken sollen, zeigt. Darüber hinaus sollten Migranten in diesen Institutionen selbst auch repräsentiert sein d.h. etwa in Kommunalbehörden oder bei der Polizei arbeiten. Doch auch hier besteht Nachholbedarf: Trotz vielfacher politischer Bekenntnisse und Initiativen spiegelt sich die kulturelle Vielfalt noch immer nicht in den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wider. Menschen mit Migrationshintergrund sind beispielsweise in den Medien, in der Politik oder im öffentlichen Dienst noch immer unterrepräsentiert und oft auf ‚migrantische‘ Themen beschränkt.

In kulturell-identifikatorischer Hinsicht sind familiäre und freundschaftliche Kontakte zu Migranten auch auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft ein wichtiges Kriterium erfolgreicher Integration. Studien zeigen, dass Migranten hier deutlich besser abschneiden. Migranten – und vor allem Muslime – haben deutlich häufiger Freizeitkontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund als umgekehrt.³ Ebenfalls grundlegend sind kulturelle Offenheit und Toleranz gegenüber als fremd empfundenen Werten und Normen, sowie eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber dem gesellschaftlichen Wandel hin zu einer kulturell pluralistischen Gesellschaft. Gerade das Erstarken rechter und rechtspopulistischer Bewegungen wie PEGIDA oder der AfD verdeutlicht jedoch, dass diese Offenheit gegenüber kultureller Vielfalt bei zahlreichen Menschen der Mehrheitsgesellschaft nicht vorausgesetzt werden kann. Die teils über 20% liegenden Wahlergebnisse der AfD in einigen Wahlkreisen im Ruhrgebiet zeigen, dass ausländerfeindliche Ressentiments wachsende Teile der Gesellschaft prägen.

3. ANGEBOTSSTRUKTUR IM RUHRGEBIET

Unbestritten ist das Angebot an integrationsfördernden Maßnahmen und Projekten in den letzten Jahren und Jahrzehnten stetig gewachsen. Zahlreiche Initiativen, Institutionen und Projekte leisten unverzichtbare Beiträge für erfolgreiche Integration, zum Teil langfristig und auf sehr hohem Niveau. Dass es sich bei Integration um eines der bedeutendsten gesellschaftlichen Themen handelt, zeigt sich deutlich an den finanziellen und ideellen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen, aber auch der Privatwirtschaft und Zivilgesell-

schaft. In letzter Zeit treten verstärkt auch sogenannte Migrantenselbstorganisationen (MSOs) als Träger von Integrationsarbeit auf. Doch trotz der quantitativ wachsenden Zahl an Initiativen und Anbietern lassen sich dennoch vor allem qualitative Lücken attestieren, die im Rahmen des bestehenden Angebots noch nicht in ausreichendem Maße abgedeckt werden.

„ZAHLREICHE INITIATIVEN,
INSTITUTIONEN UND PROJEKTE
LEISTEN UNVERZICHTBARE
BEITRÄGE FÜR ERFOLGREICHE
INTEGRATION, ZUM TEIL
LANGFRISTIG UND AUF SEHR
HOHEM NIVEAU.“

Der Fokus staatlicher und gesellschaftlicher Förderung liegt aktuell klar auf der strukturell-funktionalen Dimension. Angefangen bei Sprach- und Integrationskursen, über Initiativen, die darauf abzielen, den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, bis hin zu Informationsangeboten zum deutschen Gesundheitssystem für muslimische Senioren werden diverse Angebote (teil-)finanziert, die zur strukturellen Integration beitragen sollen. Die Gründe für diese Schwerpunktsetzung sind naheliegend, verspricht sie als Hilfe zur Selbsthilfe doch den direktesten und potenziell effektivsten Nutzen: Ein (höherer) Schulabschluss, eine Ausbildung oder ein Studium und ein fester Arbeitsplatz sind grundlegende Kriterien für gesellschaftliche Teilhabe, weshalb deren Förderung essentiell ist und in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Nicht zuletzt wegen des staatlichen und öffentlichen Förderschwerpunkts in diesem Bereich zeigen sich mittlerweile deutliche Erfolge bei der Einbindung in Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Auch (sozial-)unternehmerische Ansätze fokussieren vor allem auf diese Ebene. Sie ergänzen die staatlichen Angebote um innovative und häufig skalierbare Ansätze, etwa indem sie ausbildungssuchende Jugendliche unterstützen oder mit kreativen und neuartigen Konzepten dazu beitragen, die Schulnoten der Kinder zu verbessern. Im Bereich der Gesundheitsversorgung ist vor allem die interkulturelle ambulante Altenpflege eine stetig wachsende Sparte.

Im Vergleich gibt es im kulturell-identifikatorischen Bereich – rein quantitativ – deutlich weniger Angebote. Vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen sind in der Kultur und wertevermittelnden Arbeit aktiv und haben dabei gleichzeitig häufig mit einer schwierigen Finanzlage zu kämpfen. Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen, grundsätzlich lässt sich jedoch konstatieren, dass die Mittelgewinnung sich in diesem Bereich (auch aufgrund geringerer öffentlicher Mittel) deutlich schwieriger gestaltet – und das obwohl auch hier ein anhaltend hoher Bedarf vorhanden ist. Dies liegt vor allem daran, dass die Relevanz dieses „weichen“ Bereichs im Vergleich lange Zeit nicht erkannt wurde und die Erfolge sich erst langfristig einstellen. Ein langsamer Wandel scheint jedoch einzutreten; nicht erst die Ergebnisse des türkischen Verfassungsreferendums im Ruhrgebiet haben die Risiken verdeutlicht, die eine Vernachlässigung dieses Bereichs mit sich bringt. Umfragen bestätigen den Zwiespalt vieler und zeigen in diesem Zusammenhang, dass es vor allem in der dritten und vierten Generation eine stärkere Verbundenheit zum Herkunftsland der Eltern beziehungsweise der Großeltern gibt als zu Deutschland. Identitätskonflikte, gesellschaftliche Ausgrenzungsmechanismen und ein negativ dominierter Integrations- und Islamdiskurs bei gleichzeitiger sensiblerer Wahrnehmung für Ungleichheit und Diskriminierung befördern „Rückzugstendenzen“.⁴ Obwohl insgesamt die Verbundenheit mit Deutschland immer noch sehr hoch ist und die sozio-ökonomische Lage als nicht schlecht beurteilt wird, empfindet dennoch ein nicht unerheblicher Teil der Türkeistämmigen ein Gefühl, nur Bürger zweiter Klasse zu sein.⁵

Gerade deshalb scheint die Adressierung von Identitäts- und Identifikationsfragen wichtiger denn je. Hier gilt es, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und Jahre aufzuholen, und gleichzeitig dem verschärft islam- und ausländerfeindlichen Diskurs entgegenzuarbeiten. Besonders eine wertebasierte Projektarbeit, die auch kulturelle Konflikte zwischen Herkunftsland und Deutschland thematisiert und Jugendlichen einen Rahmen bietet, sich mit diesen auseinanderzusetzen, kann sich sehr positiv auf die persönliche Integrationsleistung auswirken. Initiativen wie die Junge Islamkonferenz oder das Heroes-Projekt geben Jugendlichen, ganz unabhängig von ihrer Herkunft, die Möglichkeit Identitätskonflikte, Alltags- und Diskriminierungserfahrungen, aber auch kulturelle und religiöse Normen zu diskutieren. Zwar werden sie teilweise von namhaften Förderern unterstützt, doch reicht das Angebot in diesem Bereich nicht aus, um den bestehenden Bedarf zu decken.

Eine weitere relevante Komponente stellen in diesem Zusammenhang politische Bildungsangebote im Sinne einer grundlegenden Demokratiebildung dar. Auch diese sind vergleichsweise rar, obwohl politisches Verständnis und auch Medienkompetenz wichtige Grundlagen für gesellschaftliche Partizipation und Resilienz der muslimischen Community gegenüber islamistischen und salafistischen Tendenzen darstellen. Politische Bildung erscheint umso wichtiger in Zeiten, in denen islamistische Propaganda auf der einen Seite und Fake News, Hass und rassistische Hetze auf der anderen in sozialen Medien immer enthemmter wirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Politische Fragen und Prozesse nicht aus spezifisch deutschen Blickwinkeln zu betrachten, kann sich zum Beispiel positiv auf den Abbau von Vorurteilen und die Auseinandersetzung mit Stereotypen auswirken. So erfordert etwa die Diskussion antisemitischer Positionen mit muslimischen Jugendlichen eine ganz andere Herangehensweise als mit Klassenkameraden ohne diesen spezifischen Hintergrund.⁶

Nahezu keine Angebote – weder auf der strukturellen noch auch auf der kulturellen Dimension – gibt es derzeit für die Mehrheitsgesellschaft, obwohl auch hier ein großer Bedarf liegt, wenn man Integration als wechselseitigen Prozess begreift. Gerade die Mehrheitsgesellschaft sieht sich vielfach nicht in der Verantwortung ebenfalls zu einem erfolgreichen Integrationsprozess beitragen zu müssen und erkennt umgekehrt auch nicht die Potenziale, die sich heben ließen, wenn sie gemeinsame Interessen und Ziele – beispielsweise in der Nachbarschaft oder dem Quartier – zusammen mit den Mitbürgern mit Migrationshintergrund verfolgen würde. Stattdessen nehmen extremistische und radikale Einstellungen in der Bevölkerung sogar wieder zu, wie verschiedene Studien immer wieder warnend anmerken.⁷ Es scheint in diesem Zusammenhang wenig überraschend, dass sich Diskriminierung, die stetige Konfrontation mit Vorurteilen und dem vermeintlichen ‚Anders-Sein‘ bis hin zu offen zur Schau getragener Ablehnung negativ auf das individuelle Zugehörigkeits- und Heimatgefühl auswirken. Gerade deshalb gilt es, den bisher verengten Blick auf die migrantische, oftmals defizitär interpretierte, Seite zu weiten und auch die Mehrheitsgesellschaft stärker in Integrationsangebote einzubeziehen.⁸

Insgesamt, so macht der Blick auf das bestehende Angebot deutlich, gibt es diverse, hochspezialisierte Projekte, die in der Regel jeweils spezifische Aspekte eines Problems behandeln und eine begrenzte Zielgruppe erreichen. Angebote, die sich an den Schnittstellen – etwa zwischen strukturell-funktionalen und kulturell-identifikatorischen Maßnahmen – bewegen, sind hingegen selten und machen eine ganzheitliche Adressierung der Bedarfe, die die betroffenen Menschen als Ganzes, also etwa als ökonomisches und soziales Wesen, das sowohl ein wirtschaftliches Auskommen als auch soziale Bindungen braucht, in den Blick nehmen, unnötig schwierig.

4. IN GANZHEITLICHEN ANSÄTZEN DENKEN

Der Blick auf die Angebotsstruktur hat gezeigt, dass es gerade im Ruhrgebiet eine breite Basis an Akteuren, Maßnahmen und Angeboten im Integrationsbereich gibt. Diese sind zwar in bestehende Netzwerke eingebunden, arbeiten aber strukturell vielfach autark und thematisch spezialisiert. Nicht zuletzt die Struktur der Förderlandschaft führt vielfach sogar zu (Verdrängungs-) Wettbewerb zwischen verschiedenen Initiativen. Auch deshalb gibt es noch immer Lücken im bestehenden Angebot und Bedarfe, die bisher nicht angemessen adressiert werden. Integrationsarbeit in Deutschland – und besonders im Ruhrgebiet – stärker aus einer ganzheitlichen und inklusiveren Perspektive zu betrachten, hat jedoch großes Potenzial, ein flächendeckendes und lückenloses Angebot zu etablieren. Theoretisch ist schon lange anerkannt, dass es sich bei Integration um einen ganzheitlichen Prozess handelt. Nun gilt es, diesen Ansatz auch stärker in die aktive Projektarbeit vor Ort zu implementieren, anstatt sich nur auf eine Nische zu konzentrieren.

Dazu bedarf es keines umfassenden, komplexen und von oben oktroyierten Masterplanes, vielmehr soll Ganzheitlichkeit dabei auf verschiedenen Ebenen im Rahmen bestehender Strukturen unmittelbar und direkt adressiert werden. Zum einen geht es darum, ein inklusives Angebot zu machen, das alle, also sowohl Migrant*innen als auch Mehrheitsgesellschaft, anspricht und für alle einen relevanten Mehrwert bietet. Neben dieser horizontalen ist auch die vertikale Dimension bedeutsam: So müssen sowohl niedrigschwellige, allgemeine Angebote etwa für bildungsferne Schichten vorhanden sein wie auch weiterführende, spezialisierte, die sich an eine höherqualifizierte Zielgruppe richten. Zudem geht es auch darum, alle Altersgruppen aktiv und zielgruppengerecht anzusprechen. Dafür müssen

auch Angebote gemacht werden, die es in dieser Form bisher nicht gibt, vor allem aber kann durch die Vernetzung und eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projekten ein zusätzlicher Mehrwert erzielt werden.

4.1 ANGEBOTE ETABLIEREN, DIE BISHER NICHT GEMACHT WERDEN

Um einen ganzheitlichen Projektansatz umsetzen zu können, geht es zunächst darum, im Abgleich mit den integrationspolitischen und -praktischen Bedarfen zu identifizieren, wo weiterhin Angebotslücken existieren und diese zu schließen. Im Fokus stehen dabei sowohl die horizontale als auch die vertikale Dimension. Horizontal geht es vor allem darum, ganz grundsätzlich sowohl Migrant*innen als auch die Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Vertikal müssen auch verschiedene Kategorien wie Alter, soziale Herkunft oder Bildungsgrad mitgedacht werden. So muss es adäquate Angebote für Jugendliche und Senioren, aber auch für Schulabbrecher und Abiturient*innen geben. In den Blick zu nehmen, für welche Gruppen bisher noch keine oder zu wenig passgenaue Angebote existieren, kann dazu beitragen, bestehende Lücken zu schließen und ein ganzheitliches Integrationskonzept umzusetzen.

Horizontal fehlt es, wie skizziert, vor allem an Angeboten für die Mehrheitsgesellschaft, obwohl ein entsprechender Bedarf unbestritten vorhanden ist. Im Sinne eines ganzheitlichen Integrationsansatzes müssten vor allem der Gruppe der vermeintlich ‚Abgehängten‘, die sich weder von politischen Parteien noch den Medien ernstgenommen oder repräsentiert fühlen, entsprechende passgenaue Projektangebote gemacht werden. Ähnliches lässt sich jedoch auch für andere ethnische Gruppen attestieren. Angebote, die etwa die spezifischen Bedarfe der Libanesen im Ruhrgebiet fördern gibt es zwar, diese müssten jedoch dringend ausgebaut werden, um den Bedarfen gerecht zu werden.

Auf vertikaler Ebene braucht es sowohl niedrigschwellige Zugänge und ein sehr grundlegendes Projektangebot, als auch weiterführende Programme ggf. mit entsprechenden Zugangshürden – also Projektangebote, die alle sozialen Gruppen ansprechen. Ein Blick auf das bestehende Angebot offenbart jedoch eine quantitative Häufung im mittleren Bereich und Defizite bei der Ansprache der Ränder. Es fehlt an beiden Enden, sowohl mit Blick auf sehr niedrigschwellige als auch auf voraussetzungsintensiven Programmen. Vor allem im ‚oberen‘

Bereich gibt es bisher nur ein eingeschränktes Angebot, das sich auf verschiedene Stipendienprogramme konzentriert. Zwar sind diese unbestritten wichtig, dennoch besteht ergänzendes Potenzial vor allem dann, wenn es darum geht, die jungen Erwachsenen nicht nur dabei zu unterstützen, ihr Studium erfolgreich abzuschließen, sondern zukünftig auch eine tragende Rolle bei der Gestaltung gesellschaftlichen Wandels zu spielen. Ein gezieltes Leadership-Training, das genau auf diesen Aspekt fokussiert, ist in Deutschland bisher nahezu gar nicht zu finden.⁹ Im internationalen Vergleich hingegen haben sich diese Maßnahmen als äußerst erfolgreich herausgestellt und werden ganz selbstverständlich und in vielfältigen Formen angeboten. Junge „Role-Models“ aus den Communities, die sich gesellschaftlich, demokratisch-politisch und sozial engagieren, sollten demnach intensiver und zielgerichteter als bisher unterstützt und gefördert werden. Indem sie befähigt werden, sichtbare gesellschaftliche Positionen zu besetzen, tragen sie außerdem dazu bei, Vorurteile abzubauen und unsere gesellschaftliche Vielfalt auch in Entscheidungsgremien abzubilden.

Zudem müssen bestehende Angebote offener gedacht werden: Erreicht man die spezifische Zielgruppe, kann es sinnvoll für die Umsetzung des Projektziels sein, auch das Umfeld anzusprechen. Nur wenige Angebote setzen dies jedoch strukturiert um. Mit Blick auf Bildungsförderung heißt dies beispielsweise, dass auch die Eltern angesprochen und einbezogen werden, da gerade sie massiven Einfluss auf den Bildungserfolg ihrer Kinder nehmen können. Hier gilt es, die bestehenden Angebote um weitere Komponenten zu ergänzen, oder aber Netzwerke mit Institutionen zu etablieren, die bereits in diesem Bereich tätig sind. Ganz grundsätzlich können bestehende Angebotslücken auch durch entsprechende Vernetzung untereinander geschlossen werden, gerade wenn es um Bedarfe geht, die sich an Schnittstellen bewegen.

4.2 INSELN VERBINDEN UND NETZWERKE ETABLIEREN

Um einen ganzheitlichen Projektansatz in der Praxis umsetzen zu können, gilt es vor allem, den Blick auf die Potenziale der Vernetzung der unterschiedlichen Angebote untereinander zu richten. Natürlich gibt es einzelne Leuchtturminitiativen, die über Jahre und Jahrzehnte gewachsen sind, die vielfältige Angebote selbst anbieten und sich zum Ansprechpartner für verschiedene Zielgruppen entwickelt haben; grundsätz-

lich ist aber zu konstatieren, dass die meisten Projekte sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zu einer solchen Plattform weiterentwickeln können oder möchten.¹⁰ Deshalb stellt sich die Frage, wie ein ähnlich effektives und vor allem ganzheitliches und durchlässiges Angebot etabliert werden kann, ohne dass es großer finanzieller Mittel bedarf. Zahlreiche Integrationsprojekte arbeiten bisher mehr oder weniger autark. Zwar gibt es – oftmals persönliche – Kontakte und Verbindungen zu anderen Initiativen, enge Beziehungen, die auf einem gegenseitigen Austausch von Expertise und vor allem einer qualitativen Zusammenarbeit bestehen, sind jedoch eher selten zu finden.

UM EINEN GANZHEITLICHEN
PROJEKTANSATZ IN DER PRAXIS
UMSETZEN ZU KÖNNEN, GILT ES
VOR ALLEM, DEN BLICK AUF DIE PO-
TENZIALE DER VERNETZUNG DER
UNTERSCHIEDLICHEN ANGEBOTE
UNTEREINANDER ZU RICHTEN.

Integrationsprojekte arbeiten, wie zuvor skizziert, proportional am häufigsten im strukturellen Bereich, konzentrieren sich demnach auf den funktionalen Teilhabeaspekt. Weitere Initiativen konzentrieren sich auf die Identifikationsebene. Es gibt jedoch nur wenig Programme, die beide Dimensionen kombinieren, obwohl es sich bei beidem um unverzichtbare Komponenten des individuellen Integrationsprozesses handelt. Genau diese Lücke kann jedoch mit Hilfe stabiler Netzwerke geschlossen werden, wenn Projektangebote sinnvoll miteinander verknüpft werden. Funktionale und kulturelle Fragen liegen oft nah beieinander, z.B. wenn es um politische Bildung und (partei-)politisches Engagement geht, aber auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Für Ausbildungssuchende kann es etwa gewinnbringend sein, sich in spielerischem Rahmen mit Identitätsfragen auseinanderzusetzen. Und damit wiederum in Bewerbungsprozessen selbstbewusster aufzutreten und sich Diskriminierung offener entgegenstellen zu können. Stärker an der Schnittstelle zu agieren und verschiedene inhaltliche Ziele miteinander zu kombinieren, ist daher ein erfolgversprechender Ansatz.

Auch mit Blick auf den Adressatenkreis kann eine enge Vernetzung mit anderen Maßnahmen einen sichtbaren Mehrwert liefern und auch Ressourcen schonen. Nied-

„NEBEN INTERKULTURELLEM AUSTAUSCH KANN EIN INKLUSIVES ANGEBOT AUCH DAZU BEITRAGEN, DIE STEREOTYPE UND FALSCH KATEGORISIERUNG IN DAS ‚WIR‘ UND ‚IHR‘ AUFZUBRECHEN, IN DEM AUF GEMEINSAME INTERESSEN ODER BEDÜRFNISSE REKURRIERT WIRD.“

rigschwellige Programme können durch eine Zusammenarbeit geeignete Teilnehmer in höherschwellige Initiativen vermitteln. Diese erreichen damit wiederum eine Zielgruppe, die außerhalb des normalerweise angesprochenen Personenkreises liegt – so lässt sich auch der Anteil bildungsferner Teilnehmer in anspruchsvollen Projekten erhöhen. Anderen Projekten wiederum fehlt der Community-Zugang, d.h. sie erreichen die migrantische Zielgruppe nur schwer: ein Netzwerk einzugehen mit Institutionen, die diesen Zugang besitzen, kann die eigene Arbeit vereinfachen und zu nützlichen Synergieeffekten in beide Richtungen führen. Für Angebote, die mit Schülern arbeiten, macht es beispielsweise Sinn, die Netzwerke dort zu suchen, wo es auch Angebote für Eltern und eine entsprechende Expertise gibt.

Grundsätzlich kann auch der Austausch von Migranten und Mehrheitsgesellschaft über den Vernetzungsaspekt gestärkt werden: Neben interkulturellem Austausch kann ein inklusives Angebot auch dazu beitragen, die stereotype und falsche Kategorisierung in das ‚Wir‘ und ‚Ihr‘ aufzubrechen, in dem auf gemeinsame Interessen oder Bedürfnisse rekurriert wird. Zwar definieren Initiativen und Angebote in der Regel ihre Zielgruppe selten so eng, dass sie sich nur an eine bestimmte Gruppe oder Community richten, dennoch benötigt es einer unterschiedlichen und passgenauen Ansprache, je nachdem wen man erreichen möchte. Hier nachjustieren und Gemeinsamkeiten stärker zu betonen, kann den Integrationsprozess nachhaltig positiv beeinflussen. In ähnlicher Weise hat die Vernetzung von Migranten mit Institutionen der Mehrheitsgesellschaft Potenzial, denn sie stärkt interkulturelle Öffnung, schafft Dialogmöglichkeiten und trägt zu beiderseitigem Verständnis bei. Ver-

netzung und enger Austausch können so einen sichtbaren Mehrwert liefern – auch wenn es um die Initiierung neuer Angebote, etwa ein Leadership-Programm, geht.

Außerdem braucht es Maßnahmen, die sich an die Gesellschaft in ihrer gesamten Breite richten und von Kindern bis hin zu Senioren alle einbeziehen. Sowohl mit Blick auf Angebote für Jugendliche als auch für Senioren allein ist das Ruhrgebiet vergleichsweise gut aufgestellt, jedoch gibt es auch hier wenig Angebote an der Schnittstelle, die sich sowohl an Senioren als auch Kinder richten. Dabei wirken intergenerationale Programme, bei denen Kinder mit Migrationshintergrund mit Senioren der Mehrheitsgesellschaft zusammenkommen, doppelt positiv. Ein Beispiel ist das Wiener Oma/Opa-Projekt des Vereins NL40, in dem Kinder mit Migrationshintergrund und schulischen Problemen im Rahmen feststehender Tandems Nachhilfeunterricht von Senioren bekommen. Oftmals ergeben sich daraus auch weiterreichende Kontakte, sodass etwa auch gemeinsame Freizeitaktivitäten unternommen werden. Sowohl Schüler als auch Senioren profitieren von dem Austausch: Die Kinder bekommen Nachhilfe und werden gezielt gefördert, während die Senioren gleichzeitig Vorurteile abbauen und sich in interkultureller Kompetenz üben. Eine Vernetzung der entsprechenden Initiativen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, gerade weil sie bereits über einen Zugang zu Senioren und Jugendlichen verfügt und ist dementsprechend auch ressourcenschonend, da Zugänge zu den Zielgruppen nicht erst mühsam aufgebaut werden müssen.

Für eine ganzheitliche Vernetzung in unterschiedliche Richtungen braucht es neben der grundsätzlichen Offenheit, mit zunächst neuen Partnern zusammenzuarbeiten, jedoch auch einen Perspektivwechsel. De facto stehen Integrationsinitiativen oftmals in direktem Wettbewerb – vor allem um Anerkennung und um (zu) knappe finanzielle Ressourcen. Um die Zusammenarbeit auszubauen – also Brücken zwischen den einzelnen Inseln zu bauen hin zu einem ganzheitlichen Integrationsangebot – müssen andere Initiativen als Partner wahrgenommen werden und nicht als Konkurrenten. Hier ist auch eine Anpassung auf Seiten der Förderinstrumente gefragt: Die gezielte Unterstützung von Kooperationsprojekten kann ein Instrument sein, um aus Wettbewerbern Partner zu machen. Auch die Kommunalen Integrationszentren könnten in ihrer Rolle dabei zu unterstützen, noch gestärkt werden bzw. dies zukünftig noch stärker als eine ihrer Kernfunktionen wahrnehmen. Im Vordergrund sollte immer die Frage stehen, inwiefern eine enge Ab-

stimmung und Zusammenarbeit sich positiv auf das Gesamtziel einer diskriminierungsfreien, chancerechten und inklusiven Gesellschaft auswirken kann.

5. FAZIT UND AUSBLICK

Ein Blick auf die Integrationslandschaft im Ruhrgebiet offenbart: Es gibt viele sehr gute Angebote, die relevante Bedarfe adressieren. Die Gruppe der Akteure, die sich engagieren und die einen wichtigen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft und gleichberechtigter Teilhabe liefern, ist groß. Die Arbeit dieser Menschen in den unterschiedlichsten Projekten und Programmen ist essentiell, denn der Staat ist mit den anfallenden Aufgaben und entstehenden Kosten – trotz großer Fortschritte und Verbesserungen – noch immer überfordert. Gerade deshalb bedarf es dieser zusätzlichen Angebote unbedingt.

In der Gesamtschau der Angebote sollte das oberste Ziel sein, die bestehenden Bedarfe adäquat zu adressieren. Ein Blick auf die Angebotsbreite offenbart jedoch Lücken – vor allem an den Schnittstellen, aber zum Teil auch noch im kulturell-identifikatorischen Bereich. Oftmals bleiben die Sphären getrennt und Synergieeffekte dadurch ungenutzt. In einem ganzheitlichen Sinne zielführend ist es, Projekte auch unterschiedlicher Ausprägung - funktional wie identifikatorisch - auf lokaler Ebene miteinander zu vernetzen und Plattformen der Zusammenarbeit zu schaffen.¹¹ Dabei geht es auch darum, die Zielgruppe auszuweiten bzw. Menschen unterschiedlichen Alters oder unterschiedlicher sozialer Herkunft anzusprechen.

Die Adressierung der Mehrheitsgesellschaft durch Vernetzung, aber auch durch eigene Angebote, die gemeinsame Interessen in den Vordergrund stellen, sollte zudem stärker in den Fokus der Integrationsarbeit gerückt werden. Das bedeutet auch, dass es weiterer Projekte und Maßnahmen bedarf, welche die Öffnung der Strukturen der Mehrheitsgesellschaft vorantreiben. Insgesamt verspricht die Umsetzung ganzheitlicher Ansätze, zu überschaubaren Kosten messbar positive Effekte auf die Integrationsarbeit im Ruhrgebiet. Ein Austausch von Expertise und Teilnehmern, sowie die Adressierung unterschiedlicher Integrationsdimensionen, können Prozesse erleichtern und Arbeit einsparen. Gerade mit Blick auf die eingeschränkten Mittel, die in diesem Bereich zur Verfügung stehen, sollte die Nutzung von Synergieeffekten stärker forciert und Zusammenarbeiten gestärkt werden – etwa auch in dem dies zur Voraussetzung bei der Mittelvergabe gemacht wird. ■

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Halm, Dirk/ Sauer, Martina (2017): *Muslimen in Europa. Integriert, aber nicht akzeptiert?* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- ² *Der Fokus lag im Forschungsprojekt vornehmlich (jedoch nicht ausschließlich) auf der Integration der türkeistämmigen, sunnitischen Community im Ruhrgebiet.*
- ³ Vgl. Sauer, Martina (2016): *Teilhabe und Befindlichkeit. Der Zusammenhang von Integration,*
- ⁴ Vgl. Uslucan, Haci-Halil (2017): *Türkeistämmige in Deutschland. Heimatlos oder überall zuhause?*, in: <http://www.bpb.de/apuz/243864/tuerkeistaemmi-ge-in-deutschland-heimatlos-oder-ueberall-zuhause?p=all>.
- ⁵ Pollock, Detlef/Müller, Olaf et.al (2017): *Integration und Religion aus der Sicht der Türkeistämmigen. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster*, in URL: https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016/studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist__mmiger.pdf.
- ⁶ *Diesen Ansatz greift das Projekt „Junge Muslime in Auschwitz“ auf, bei dem der Verein für Offene Jugendarbeit Duisburg-Neumühl gemeinsam mit dem Projekt „Heroes“ für junge Muslime jährlich Gedenkstättenfahrten organisiert, um sich mit dem Thema Antisemitismus innerhalb muslimischer Communities auseinanderzusetzen. Daraus ist auch ein Filmprojekt entstanden:* <https://www.politische-bildung.nrw.de/multimedia/junge-muslimen-in-auschwitz/index.html>
- ⁷ Vgl. Zick, Andreas et. al. (2016): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2016.* Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- ⁸ *Wie genau die Mehrheitsgesellschaft im Rahmen zielgruppengerechter und passgenauer Angebote inkludiert werden kann, stand nicht im Fokus des laufenden Forschungsprojekts. Dieses Thema weist jedoch dringend weiteren Untersuchungsbedarf auf.*
- ⁹ *Eine Ausnahme ist das Network Inclusion Leaders (NILE), eine von Gabriele Gün Tank, Integrationsbeauftragte des Berliner Bezirks Tempelhof-Schöneberg, und Daniel Gyamerah, Vorsitzender von Each One Teach One (EOTO) e.V. und Projektleiter von „Vielfalt entscheidet – Diversity in Leadership“ bei Citizens For Europe, gegründete Initiative, die gezielt junge Führungskräfte mit Migrationshintergrund fördert.*
- ¹⁰ *Ein internationales Beispiel hierfür ist die Council of Peoples Organization (COPPO); die von Mohammad Razvi ins Leben gerufen wurde. Mehr Informationen zu deren ganzheitlichen Ansatz finden Sie ab Seite 42.*
- ¹¹ Vgl. Volker Kronenberg: *Integration vor Ort. Herausforderungen. Erfahrungen. Perspektiven. Handreichungen zur politischen Bildung der Kommunal Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Bd. 24, Berlin 2017.*

DIE COUNCIL OF PEOPLES ORGANIZATION – HERZ DER COMMUNITY



Mohammad Razvi
Gründer und Geschäftsführer der Council of Peoples Organization

Die *Council of Peoples Organization* (COPO) ist ein sozialer Dienstleister in New York City. Unser Sitz befindet sich in der Coney Island Avenue in Brooklyn - mitten in einer Nachbarschaft namens Little Pakistan. Noch am 10. September 2001 war Little Pakistan genau wie jede andere migrantisch geprägte Gegend in New York City: Die Menschen dort kauften sich ihr erstes eigenes Zuhause, eröffneten kleine Geschäfte und erledigten ihre Einkäufe in einer ihnen vertrauten Umgebung. In den Tagen, Wochen und Monaten nach den Terroranschlägen vom 11. September nahmen die Strafverfolgungsbehörden die dort lebende Community jedoch intensiv unter die Lupe. Innerhalb weniger Tage wurden mehr als 500 Menschen verhaftet und festgehalten, einfach nur weil ihre Namen denen in einer Datenbank ähnelten. Das erschütterte die Welt der Anwohner Little Pakistans; Eltern suchten nach ihren Söhnen, Frauen nach ihren Männern. Jahrelang hatten die Menschen hier friedlich gearbeitet, um in Amerika Fuß zu fassen. Doch auf einmal schien alles außer Kontrolle zu geraten und sie wussten nicht, wohin sie sich wenden sollten.

Obwohl es in der Community viele kleine Geschäfte gab, die die kulinarischen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen bedienten, gab es noch keine Organisation, der man in Sachen Information und Hilfestellung vertrauen konnte. Die COPO entstand während dieser

Phase extremer und unerwarteter Unsicherheit. Im Laufe der Zeit entwickelte sich COPO von einer kurzzeitigen Freiwilligenorganisation zu einer dauerhaften Einrichtung. Aus der Organisation, die anfangs auf ein konkretes Problem reagierte, entwickelte sie sich zu einer, die auch neue Herausforderungen aktiv anging. Ursprünglich gegründet, um Amerikaner mit pakistanischem Hintergrund zu unterstützen, steht sie nun Menschen jeder Herkunft zur Seite. Gleichzeitig trug COPO dazu bei, die Gegend um Little Pakistan aus der Isolation zu holen, indem die Integration des Viertels in die Stadt gelang. Als Zeichen unseres Erfolgs nennt das 9/11-Museum unsere Organisation COPO Musterbeispiel für das Gute, das Communities erreichen können, wenn sie zusammenrücken. So sind wir entstanden!

DIE GEGEND

Unsere Nachbarschaft, Little Pakistan, befindet sich im Viertel Midwood des Stadtbezirks Brooklyn. Das Bindeglied ist eine Geschäftsmeile auf der Coney Island Avenue, die sich über zwei Blocks erstreckt. Die Straßen, die auf die Coney Island Avenue zuführen, sind mit Wohngebäuden bebaut, von denen die meisten große viktorianische Mehrfamilienhäuser mit baumreichen Gärten oder Apartment-Gebäude aus den Vierzigerjahren sind. Little Pakistan liegt etwa 16 Kilometer von Manhattan entfernt.

Die ersten Einwanderer aus Pakistan haben sich hier in den 1970er-Jahren niedergelassen. Aber erst während der Achtziger Jahre und mit der Eröffnung des Geschäfts „Punjab Grocery“ durch meinen Vater entwickelte sich das Viertel zu dem, was es heute ist. Als unsere Familie den Laden eröffnete, freuten sich die zugewanderten Familien, dass sie Lebensmittel kaufen konnten, die sie noch aus Pakistan kannten. Die Community wuchs weiter und als sie groß genug war, mietete sie die Räume einer früheren Synagoge, die als Moschee dienen sollte. In den Neunzigerjahren eröffneten weitere Pakistaner Geschäfte in der Coney Island Avenue. Ihre Restaurants, Bäckereien und Friseursalons belebten die Straße neu, in der sich zuvor nur Antiquitätenhändler mit leerstehenden Geschäften abwechselten. Dank der zunehmenden wirtschaftlichen Sicherheit konnten die Mitglieder der Community die Moschee schließlich gemeinsam kaufen.

In dieser Zeit baute auch meine Familie ihre Unternehmen in der Nachbarschaft aus. Wir hatten zunächst das Lebensmittelgeschäft, das wir zusammen führten. Dann eröffneten wir einen 99-Cent-Laden, ein Bauunternehmen und bald darauf ein Restaurant. Wir waren erfolgreich, weil die Menschen in der Community uns kannten und uns vertrauten. Wenn jemand eine Frage oder Sorgen hatte oder eine Übersetzung brauchte, kam er zu uns. Mein Vater tat sich dann mit anderen Unternehmern zusammen und gründete die Händlervereinigung Pakistani Merchants Association. Diese organisierte u.a. ein Straßenfest in der Coney Island Avenue, mit dem der pakistanische Unabhängigkeitstag gefeiert wurde.

Als die Bundesbehörden nach den Terroranschlägen damit begannen, Menschen in der Community zu verhaften, war der Laden meines Vaters die erste Anlaufstelle für Hilfesuchende. Der Bedarf war so groß, dass mein Vater andere Geschäftsinhaber einbezog und mit ihnen zusammen einen gemeinnützigen Verein gründete, den sie Council of Pakistan Organization nannten – die COPO – und in einem leeren Ladenlokal einrichteten, in dem ich eigentlich ein Stoffgeschäft eröffnen wollte. Sie planten, damit eine vorübergehende Anlaufstelle für die Fragen der Menschen zu schaffen und ihnen dort Informationen zur Verfügung zu stellen. Weil die Dinge aber ihre eigene Dynamik entwickelten, wurde aus dem gemeinnützigen Verein bald das Herz der Community, auf das wir all unsere Bemühungen ausrichteten.

DIE ANFÄNGE

Wir eröffneten COPO im Februar 2002: Gleich am ersten Tag registrierten sich mehr als 300 Menschen für unsere Englischkurse. In Einzelgesprächen spürten wir die Angst vieler Menschen, die ihre Rechte nicht kannten und nicht wussten, wie sie sich im System zu rechtfinden oder ihre inhaftierten Angehörigen finden konnten. Deshalb wandten wir uns an die gemeinnützigen Vereine American Civil Liberties Union (ACLU) und Legal Aid Society, die Geringverdienern kostenfreie Rechtsberatung anbieten. Gemeinsam mit ihnen und weiteren Anwälten haben wir öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt, in denen die Bürger über ihre Rechte aufgeklärt und zu ihren konkreten Fragen beraten wurden.

WIR ERÖFFNETEN COPO IM FEBRUAR 2002: GLEICH AM ERSTEN TAG REGISTRIERTEN SICH MEHR ALS 300 MENSCHEN FÜR UNSERE ENGLISCHKURSE.

Im Verlauf der Arbeit mit diesen Menschen erfuhren wir immer mehr über ihre Probleme und hörten immer wieder auch von rassistisch motivierten Straftaten, die sich in unserer direkten Nachbarschaft ereigneten. Als Reaktion darauf haben wir Freiwillige angeworben. Wir versammelten Inder, Bengalen, Christen und Juden aus der Nachbarschaft, um der Community zu zeigen, dass andere sich um sie sorgen, aber auch, dass nicht nur Pakistaner und Muslime in dieser schwierigen Situation waren. Während unserer Arbeit stellten wir fest, dass selbst in der nahen jüdisch-orthodoxen Community sogenannte Hassverbrechen geschahen. Zu den Führungspersonlichkeiten dieser Community haben wir enge Beziehungen aufgebaut und unsere Solidarität gezeigt, wenn es zu Hassverbrechen oder vorurteilsbegründeten Zwischenfällen kam.

Als die Bundesbehörden (das FBI und der damalige Einwanderungsdienst INS) in unsere Nachbarschaft kamen, um Verdächtige aufzuspüren, klemmten sie von Beginn an ihre Visitenkarten in die Haustüren. Mit diesen Karten kamen die Menschen zu COPO, ängstlich wieder nach Hause zurückzukehren. Ich fing also an, stellvertretend für sie anzurufen: Ich sagte dann immer: „Die Person, die Sie suchen, steht hier neben mir. Was kann ich für Sie tun?“ Indem ich das immer wieder machte, lernte ich einige der Agenten kennen. Sie merkten, dass ich versuchte, der Community zu helfen, deshalb lud mich die New Yorker Außenstelle des FBI dazu ein, bei einem ihrer Programme für Bürger mitzumachen, der FBI Citizens' Academy. In dem achtwöchigen Programm erhalten Geschäftsleute, religiöse Führer, engagierte Bürger und Community-Lenker einen Einblick in die Abläufe des FBI. Diese sollen wiederum das Verständnis für Rolle und Arbeit der Behörden in den Communities erhöhen.

**ICH SAGTE DANN IMMER:
„DIE PERSON, DIE SIE SUCHEN,
STEHT HIER NEBEN MIR. WAS
KANN ICH FÜR SIE TUN?“**

Meine Teilnahme an dem Programm war wichtig für die Stärkung der Beziehungen zwischen der COPO und dem FBI – eine weitere Möglichkeit für mich, der Community zu helfen. Als ich also Kontakt zu diesen Behörden aufnahm und nach und nach verstand, wie deren System funktionierte, berichtete ich den FBI-Agenten in der Außenstelle in New York City von den Sorgen der einzelnen Community-Mitglieder. Ich wollte ihnen einfach klar machen, dass wir alle auf einer Seite standen und sehen, ob sie uns nicht vielleicht sogar helfen könnten. Ich wollte Brücken bauen, sodass beide Parteien einander zukünftig besser verstünden. Die Behörden wollten sehr gern helfen! Wir planten eigene Veranstaltungen, bei denen sie die Fragen der Community-Mitglieder im direkten Gespräch beantworteten.

Gleichzeitig arbeitete die COPO in der New York City Human Rights Commission und anderen gemeinnützigen Organisationen gemeinsam mit Muslimen und Menschen aus Südasien an einem Diskriminierungsbericht. Wir fragten mehr als 1.500 Leute nach ihren

Diskriminierungserfahrungen – von Jugendlichen über Geschäftsleute bis hin zu Seniorinnen und Senioren. Als Ergebnis entstand ein 30 Seiten langer Bericht, der die Erfahrungen und Sorgen der Community im Zusammenhang mit Diskriminierung und Integration auf allen Ebenen umfassend darstellte. Daraufhin mussten wir feststellen, dass der Bedarf nach einer Organisation wie der COPO keinesfalls vorübergehend, sondern wahrscheinlich langfristig bestehen würde.

LANGFRISTIGE ETABLIERUNG DER COPO

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich mich bereits dazu entschlossen, alle meine Kräfte auf die COPO zu konzentrieren. Zuvor hatte ich meine unterschiedlichen Unternehmen (den Lebensmittelladen und den Discounter, das Bauunternehmen, das Restaurant und die Immobilienfirma) noch irgendwie mit meiner Freiwilligenarbeit für COPO zusammengebracht. Inzwischen war jedoch klar, dass die COPO dauerhaft und in Vollzeit in der Nachbarschaft präsent sein müsse, um dem Bedarf gerecht werden zu können. Die Bedürfnisse der Community, deren Umfang und Dringlichkeit uns erst mit der Zeit klar wurden, waren so breit gefächert, dass es ein Zentrum brauchte, in das die Leute mit jeder Art von Anliegen gehen konnten. Nachdem wir Angebote, wie die Rechtsberatung für Einwanderer, die Seniorenbetreuung usw. ausgelagert hatten, blieb die eigentliche Communityarbeit als unsere Kernpriorität übrig.

Mit jedem Jahr, das verging, konnten wir neue Brücken bauen und Partnerschaften vertiefen. So hatten wir etwa das erste Ramadan-Essen (das sogenannte Iftar) veranstaltet, bei dem Mandatsträger mit der Community zusammentrafen. Das erste Iftar-Dinner fand 2006 in Brooklyn mit dem früheren Bezirksvorsteher Marty Markowitz statt. Seitdem haben wir es auch in Queens, Manhattan, der Bronx und auf Staten Island (mit dem Bürgermeister Michael Bloomberg als Gast) etabliert. Diese Abendessen haben inzwischen eine unglaubliche Wirkung entfaltet: Die Menschen teilen das Brot miteinander und bauen so eine persönliche Beziehung auf. Wenn sie zusammen am Tisch sitzen, bekommen sie Gelegenheit, einander kennenzulernen – dies baut auch Hemmschwellen ab, wenn es darum geht, Sorgen und Ängste anzusprechen. Diese Essen ermöglichen es den Menschen und besonders den Führungspersonlichkeiten aus der Community, Kontakt mit den Mandatsträgern zu knüpfen. Umgekehrt lernen auch die Offiziellen die Community und ihre Mitglieder besser und persönlicher kennen.

GEZIELTE FÖRDERUNG VON FÜHRUNGSPERSÖNLICHKEITEN AUS DER COMMUNITY

Meine Erfahrungen aus der FBI Citizens' Academy (und auch aus der Citizens' Police Academy, dem Äquivalent der New Yorker Polizei, die ich ebenfalls absolviert habe) inspirierten mich dazu, ein ähnliches Programm zu initiieren, das sich auf die Grassroots-Ebene konzentrierte. Auf Basis meiner eigenen Erfahrungen entwarf ich einen umfassenden 24-Wochen-Plan, der darauf abzielte, im Ausland geborenen Imamen und anderen künftigen Führungspersönlichkeiten aus den Communities muslimischer Einwanderer die Geschichte und das Regierungssystem der Vereinigten Staaten näherzubringen. Das Programm, das ich Imam-Fellowship nannte, und seine Inhalte diskutierte ich auch mit den Behörden, dem FBI, dem New York Police Department und anderen, die sofort anboten, Lehrkräfte bereitzustellen und sich zu beteiligen.

Oftmals wenden sich die Mitglieder einer muslimischen Community und besonders Zuwanderer zuerst an ihren Imam, wenn sie Sorgen haben oder etwas brauchen. Sie suchen Hilfe in Ehe- und Kindererziehungsfragen, im Zusammenhang mit ihrer Einbürgerung oder psychischen und gesundheitlichen Problemen. Leider sind die Imame aber nicht immer in der Lage, diesen Problemen angemessen zu begegnen. Auch wissen sie oftmals nicht, an wen oder wohin sie die Leute verweisen sollen. Sie haben keinen Überblick über die verschiedenen Regierungsebenen und -behörden oder das umfangreiche Netz von gemeinnützigen Organisationen, die bedürftige Einzelpersonen und Familien unterstützen.

Die COPO hat die Imam Fellowship 2009 als Pilotprojekt eingeführt. In den vergangenen acht Jahren hat unsere Arbeit bei der Ausbildung religiöser und weltlicher Führungspersönlichkeiten bereits merkliche Auswirkungen gezeigt. Beispielsweise haben wir im Jahr 2010 im Pilotprogramm mit vielen Imamen aus Südasien, Europa und Afrika zusammengearbeitet. Jeder hat an mehreren von der COPO angebotenen Kursen und Lehrgängen teilgenommen, in denen Informationen über die örtlichen, bundesstaatlichen und nationalen Strafverfolgungsbehörden vermittelt wurden. Sie trafen sich danach selbst mit Vertretern dieser Behörden und luden sie auch in ihre Gemeinden und Schulen ein. Die Imame verstanden das System, fassten schnell Vertrauen und sprachen nun über ihre Sorgen. Die Ergebnisse des Pilotprogramms waren eindeutig: Wenn

wir die Behörden und die Führungspersönlichkeiten zusammenbringen, bauen wir Beziehungen zwischen Community und Behörde auf, die auf persönlicher Bekanntschaft beruhen.

DEN JUGENDKARRIERETAG HALTEN WIR JETZT JEDES JAHR AB. BEI DER LETZTEN VERANSTALTUNG 2016 KAMEN MEHR ALS 700 JUGENDLICHE.

JUGENDLICHE AKTIVIEREN

Eines der wichtigsten Beschäftigungsfelder der COPO betrifft die Jugend. Der Bericht, den wir 2003 mit der Human Rights Commission erstellt hatten, belegte, dass unter jungen Muslimen, die das Ziel von Mobbing oder Hassverbrechen waren, große Angst vorherrschte. Besonders betroffen waren Mädchen in religiöser Kleidung. Die Jugendlichen fühlten sich gegenüber ihren Altersgenossen fremd und waren unsicher, wo ihr Platz in der Gesellschaft war. Das waren ernsthafte Probleme und wir wussten, dass wir diesbezüglich handeln mussten.

In Zusammenarbeit mit dem FBI hat COPO im Jahr 2010 den muslimischen Jugendkarrieretag ins Leben gerufen, der verschiedene Ziele verfolgte: Erstens wollten wir muslimischen jungen Menschen von der Grundschule bis zur Universität Karrierechancen bei den Strafverfolgungsbehörden und Regierungsorganisationen vorstellen. Zweitens wollten wir umgekehrt die Behörden und Organisationen unserer Gemeinschaft vorstellen, indem wir genau wie bei den Erwachsenen durch die Iftar-Essen eine Verbindung herstellten, die junge Menschen mit den Behörden ins Gespräch brachte. Den Jugendkarrieretag halten wir jetzt jedes Jahr ab. Bei der letzten Veranstaltung 2016 kamen mehr als 700 Jugendliche von über 25 Privatschulen, Moscheen und Communitygruppen. Bis dahin war es allerdings ein langer Weg.

Noch im Jahr 2010 kamen kaum 100 Leute. Wir hatten fünf Communitygruppen auf unserer Seite – und 25 ge-

gen uns. Die Leute waren misstrauisch. Sie vertrauten dem FBI und anderen Behörden nicht und glaubten, dass sie da wären, um ihre Kinder auszuspionieren. Um diese Hürde zu überwinden, hatten wir die Leiter verschiedener Communities, Privatschulen und anderer Institutionen dazu eingeladen, die Veranstaltung als Beobachter selbst zu besuchen. Als sie die Einladung annahmen, konnten sie das ernsthafte Interesse der Jugendlichen am Berufsalltag in den einzelnen Behörden mit eigenen Augen sehen. Noch wichtiger war: Sie konnten sich davon überzeugen, dass viele Jugendliche, die selbst bereits Diskriminierungserfahrungen gemacht hatten oder sich fremd in der Gesellschaft fühlten, gestärkt wurden, einfach nur, weil sie mit den Behördenvertretern über ihre Sorgen sprechen konnten. Die Personen aus den Communities, die anfangs gegen uns waren, beteiligen sich inzwischen aktiv am Programm.

Auch die praktische Ausrichtung der Veranstaltung macht sie so einflussreich. Die jungen Leute sehen die Uniformen, die Hilfsmittel und die Ermittlungsmethoden und schauen sich die Arbeit der Behörden live an. Natürlich geht es beim Karrieretag aber nicht nur um die Strafverfolgung. Wir geben auch Kurse zum Thema Internetsicherheit, Mobbing, Schutz vor Banden und anderem. Heutzutage bringt die Veranstaltung Jugendliche, ihre Eltern, Lehrer und Führungspersonlichkeiten aus den Communities mit Vertretern von mehr als 25 Behörden der Stadt, des Bundesstaats und des Landes zusammen.

„DIE JUNGEN LEUTE SEHEN DIE UNIFORMEN, DIE HILFSMITTEL UND DIE ERMITTLUNGSMETHODEN UND SCHAUEN SICH DIE ARBEIT DER BEHÖRDEN LIVE AN.“

Die Jugendarbeit der COPO beschränkt sich aber nicht auf den Karrieretag. Vom ersten Tag an war uns bewusst, wie groß die Bandbreite der Probleme ist, die die jungen Menschen in unserer Community belasten. Einige sind in ihrem Zuhause begründet, haben mit familiären Pflichten oder dem eher eingeschränkten Horizont der Eltern zu tun, andere kommen von außen, wie etwa der Gruppenzwang unter Gleichaltrigen, Drogen und Kriminalität. Oft führt die Belastung durch die Familien soweit, dass schon Teenager zum Einkommen beitragen, als Übersetzer oder Dolmetscher

fungieren oder für Geschwister und Großeltern sorgen müssen. All diese Faktoren vergrößern ihre Schwierigkeiten, sich in Schule und Gesellschaft anzupassen.

Um dem zu begegnen, haben wir unser Nachschulprogramm ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Join In, Find Out“ bieten wir Sekundarschülern in Little Pakistan, die frisch aus dem Ausland kommen, sowie solchen mit Migrationshintergrund eine Alternative zur Straße an. Mit unserem Programm helfen wir ihnen dabei, ihre Probleme genau zu erfassen und dem Druck, der durch die Familie, die Integration und die Ausbildung entsteht, standzuhalten. Dafür bieten wir neben Communityarbeit, Beratung, Sport- und Kunstkursen auch schulische Unterstützung an. Das Programm der COPO stellt ihnen einen sicheren Raum zur Verfügung, in dem die Jugendlichen lernen und wachsen können. Mit Hilfe von gemeinnütziger Arbeit - etwa Entfernung von Graffitis oder der Verschönerung des Stadtbilds - helfen wir ihnen dabei, stolz auf die eigene Community zu sein und zeigen ihnen gleichzeitig, dass sie direkt dort, wo sie selbst wohnen, etwas Positives bewirken können.

DIE COPO HEUTE

Im letzten Jahr haben wir unser erweitertes Zentrum eröffnet. Zu ihm gehören vier angrenzende Läden mit mehr als 1.800 Quadratmetern Innen- und Außenfläche. Über 10.000 Menschen kommen jährlich zu uns. Wir haben ein Seniorenzentrum mit für Muslime geeignetem Essen und verschiedenen Angeboten wie Englischkurse, Gemeinschaftskunde als Vorbereitung für die Einbürgerung sowie Rechtsberatung für Migranten. Wir beraten außerdem bei Fragen zu Sozialleistungen oder Einschulung und bieten Nachmittagsbetreuung (dazu gehört eine Partnerschaft mit einer islamischen Schule in Queens), eine Kinderkrippe für 36 Kinder, ein Computerzentrum und zahllose andere Dienste an.

In den letzten 15 Jahren haben wir uns von einer unbekanntem Organisation zu einem wertvollen Partner vor Ort und in der gesamten Stadt entwickelt. Als beispielsweise der Hurrikan Sandy viele Gegenden an der Küste Brooklyns verwüstet hat, ist das Büro für Einwanderungsangelegenheiten des Bürgermeisters an die COPO herantreten, um Hilfe bei der Abschätzung der Schäden an den Häusern in Brighton Beach und Coney Island zu bekommen. Als wir ein Programm ins Leben riefen, das die Verwaltung der einzelnen Fälle im Katastrophenfall vereinfachte, taten wir uns dafür mit katholischen Wohlfahrtsverbänden zusammen. Mit

einem Team aus neun Katastrophenmanagern halfen wir mehr als 250 Familien dabei, einen Anteil der mehr als 2,2 Millionen Dollar an Zuschüssen und Spenden zu erhalten, mit dem sie nach und nach ihre Existenz wiederaufbauen konnten.

Noch wichtiger ist aber, dass unsere Jugendarbeit und insbesondere der Jugendkarrieretag die Allgemeinheit auf den Beitrag, den Muslime jeden Tag für die Stadt und für die Ordnungsbehörden leisten, aufmerksam gemacht haben. Inzwischen gibt es bei der New Yorker Polizei mehr als 1.000 muslimische Beamte und eine muslimische Gruppe innerhalb der Polizei – das war vor zehn Jahren noch undenkbar. Es gibt auch muslimische FBI-Agenten. Wenn sie bei einer Veranstaltung auf die Bühne kommen und unsere jungen Community-Mitglieder ansprechen, ist das immer sehr beeindruckend. Die Jugendlichen stellen sich dann vor, wie es wäre, selbst dazuzugehören. Erst im letzten Jahr gab es ein Mädchen, das verkündete, es wolle die erste muslimische Feuerwehrfrau der Stadt werden. Es ist sehr erfüllend, solche Erfolge zu sehen!

Dennoch leben wir inzwischen wieder in bewegten Zeiten. Die Regierung Trump gelangte durch einen Wahlkampf an die Macht, der von feindseligen Reden und Forderungen nach Schließung der Grenzen für muslimische Zuwanderer und Flüchtlinge geprägt war. Direkt nach seiner Amtsübernahme verkündete der Präsident einen Einreisestopp gegen sieben mehrheitlich muslimisch geprägte Länder. Ethnisch engagierte und religiöse Kreise reagierten mit einer klaren Verurteilung dieser Diskriminierungspolitik. Heute kommen noch viel mehr Gruppen als früher zusammen, um für die Freiheit und die Gründungsprinzipien der Vereinigten Staaten von Amerika einzutreten. Die COPO wird sich, wie in der Vergangenheit auch, weiterhin für das gegenseitige Verständnis und die Stärkung der Community einsetzen. In New York leben Menschen aus der ganzen Welt. Diese Vielfalt macht New York City und damit auch Amerika wirklich großartig. Wir stehen zusammen, wenn einer von uns bedroht wird. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben, Freiheit und sein persönliches Streben nach Glück – frei von jedweder Diskriminierung oder Intoleranz. ■

Dieser Text wurde aus dem Englischen übersetzt.



Ein Teilnehmer des muslimischen Jugendkarrieretags informiert sich über die Berufsmöglichkeiten bei der Polizei.

WIE WIR LEBEN WOLLEN – WERTE, KULTUR UND TRADITIONEN IM EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND



Prof. Dr. Bassam Tibi
Emeritierter Professor für Internationale
Beziehungen an der Georg-August-Universität
Göttingen

Die Bonner Akademie weicht von einer exklusiven Tradition ab: Die Deutschen reden oft über die Anderen, ohne die Anderen dann zu beteiligen. Ich bin dankbar dafür, dass sie keinen deutschen Vormund für uns Migranten ausgewählt hat, der für uns spricht. Ich bin syrischer Migrant mit deutschem Pass und möchte nicht, dass ein Deutscher für uns spricht und möchte auch nicht als einer der „neuen Deutschen“ paternalistisch eingeordnet werden. Ich kämpfe für eine Bürgeridentität, nicht mehr und nicht weniger. Auf dieser Basis werde ich im Folgenden nach einem Vorverständnis sechs Gedanken frei entfalten.

Ich habe viele deutsche Schriften gelesen; der beste Text, den ich je über die Deutschen gelesen habe, stammt von Theodor W. Adorno und heißt: *Auf die Frage: was ist Deutsch?* von 1965. Adorno ist zurückgekommen nach Deutschland, trotz Hitler, dem er als Jude 1933 entflohen war. In diesem Aufsatz sagt Adorno, was ihm an Deutschland gefällt und was nicht. Besonders zwei Dinge gefallen ihm an Deutschland: Immanuel Kants Definition des Menschen als vernunftbegabtes Individuum und die deutsche Sprache. Dagegen missfällt Adorno der Hang der Deutschen zum „Pathos des Absoluten“, zum „kollektiven Narzissmus“, der Selbstverliebtheit, der „Selbstvergötzung“.

Adornos Kritik an den Leuten eines Landes lässt sich nicht als „zu pauschal“ abweisen. Denn die Deutschen mögen „unbequeme Gedanken“ nicht: Wie gehen sie damit um? Es darf keine Abweichungen vom herr-

schen Narrativ geben und wenn es dazu kommt, dann wird dies „gereizt geahndet“, so schreibt Adorno, der bei den Deutschen eine „innere Zensurinstanz“ beobachtet. Alle Zitate von Adorno sind dem zitierten Aufsatz entnommen. Wenn ich in dieser Rede die anstehende Problematik anspreche, begehe ich als Adorno-Schüler eine Abweichung, die in der deutschen Wissenschaft „gereizt geahndet“ wird. Ich bin auch in die USA geflohen – wie Adorno; dennoch kehrte ich später nach Deutschland aus Liebe zu diesem Land zurück.

Mit dem skizzierten Vorverständnis werde ich im Folgenden als Migrant aus Damaskus bzw. als „Syrier mit deutschem Pass“, so bezeichnete mich einmal der Vorsitzende der Quandt-Stiftung bei der Vorstellung in der Paulskirche, sechs Gedanken vortragen. Meine Gedanken sind „unbequem“, ich bitte Sie dennoch, mein Denken nicht als Provokation abzuweisen. Würde ich das deutsche Land nicht lieben, wäre ich nicht hier geblieben. Ich liebe drei Dinge an Deutschland. Zuerst meine deutsche Frau und ihretwegen bin ich in Deutschland geblieben. Ich erhielt mehrere Rufe in die USA, entschied mich letztendlich jedoch für Deutschland. Darüber hinaus ist die deutsche Sprache für mich – so wie sie es für Adorno war – eine große Attraktion. Ich habe 30 Bücher in deutscher Sprache (neben 11 Monographien auf Englisch in den USA) verfasst und veröffentlicht. Zu den deutschen Attraktionen gehören noch das Grundgesetz, sowie Immanuel Kant mit seinen drei Kritiken und seinem Aufklärungsdenken.

Das Thema Werte, Kultur und Traditionen veranlasst mich zu meinem ersten Gedanken. Doch zuvor dies: Mein Wissen stammt nicht nur aus Büchern. Ich war, bis auf China und Lateinamerika, in der ganzen Welt, Land für Land und das, was ich gesehen habe war immer dies: Vielfalt nicht nur positiv als Reichtum, sondern auch negativ, d.h. Vielfalt bis zur Blutigkeit. Ein Beispiel dafür ist heute mein Heimatland. Ich bin Syrer und früher sind die Syrer mit der Vielfalt zurechtgekommen, aber heute bringen sie sich gegenseitig um, so wie dies auch im Irak, in Libyen und anderswo in der Welt des Islam geschieht. Der erste Gedanke von mir bezieht sich daher darauf, wie Menschen aus verschiedenen Kulturen und Traditionen in Frieden zusammenleben; wir wollen in Deutschland nicht das haben, was heute im Irak, in Libyen oder in Syrien als Alltagskultur der Gewalt dominiert.

Meiner erster Gedanke lautet daher: Wir brauchen eine verbindliche Hausordnung parallel zur Vielfalt. In dieser Hausordnung gibt es Werte, Regeln und Normen, die ohne Ausnahme für alle gelten sollen. Es ist mir bekannt, dass es in Deutschland Morddrohungen gegen Christen von Muslimen in Flüchtlingsheimen gibt. Es handelt sich um 700 Fälle, keinen Einzelfall. Die Leute kommen hierher und Deutschland ist ein großartiges Land, das Schutz bietet, aber manche Flüchtlinge verletzen das, was in diesem Land zum Grundgesetz gehört: Religionsfreiheit. In 2016 gab es weit über 700 Gewalttaten von Sunniten gegenüber syrischen und irakischen Christen sowie gegen Jesiden. Ich bin Sunnit und staune wie Deutschland die Augen verschließt – das geht nicht! Zu dieser Gewalt kommt noch der patriarchalische Sexismus, der nicht toleriert werden darf.

Wir brauchen eine Hausordnung als Corpus von „Rules and Values“, also Regeln und Normen für alle. Mir ist es egal, wie man diese Ordnung nennt, ich nenne sie Leitkultur. Und unter Leitkultur verstehe ich kein Sauerkraut, wie DER SPIEGEL dies in der der Debatte aus dem Jahr 2000 in dem zweiseitigen Essay „Operation Sauerkraut“ getan hat, das ist primitiv. Den Begriff der Leitkultur habe ich in die deutsche Sprache 1998 in meinem Buch *Europa ohne Identität?* eingeführt. Dieses Buch ist zur Frankfurter Buchmesse im Oktober 2016 in einer völlig neugeschrieben und erweiterten Ausgabe erschienen. Ich fasse darin zusammen, wie in Deutschland über die Leitkultur diskutiert worden ist, bis zum Jahr 2016. Für das Volk der Dichter und Denker ist das intellektuelle Niveau der Diskussion beschämend. Es entspricht dem Titel des Spiegels „Operation Sauerkraut“. Ich mag kein Sauerkraut, ich habe

nie Sauerkraut gegessen, ich will einen Wertekonsens erreichen. In seiner Lipset-Lecture hat keine Geringerer als Francis Fukuyama mein Buch *Europa ohne Identität?* zitiert und folgendermaßen gewürdigt: „Tibi invented Leitkultur precisely as a non-ethnic, universalist conception of citizenship that would open up national identity to non-ethnic Germans“. Fukuyama fügt wertend hinzu: „Tibi’s notion was exactly on the mark.“ Das verstehen viele Deutsche nicht, aber Fukuyama tut es und hierauf bin ich stolz.

Eben weil Meinungsherrscher mich nicht verstehen, wiederhole ich meine erste Idee: wir brauchen eine

DIE DEUTSCHEN REDEN OFT ÜBER DIE ANDEREN, OHNE DIE ANDEREN DANN ZU BETEILIGEN.

Hausordnung und diese nenne ich Leitkultur. Der Begriff Leitkultur bedeutet nichts anderes als eine Wertorientierung, die von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen für ein friedliches Zusammenleben geteilt wird. Es gibt Basiswerte, die nicht diskutabel sind, zum Beispiel, dass Mann und Frau gleich sind. Im Scharia-Islam gibt es diese „gender equality“ einfach nicht! Selbst Muslim sage ich: ich habe keine Respekt dafür.

Ich bin gläubiger Muslim, aber ich glaube nicht an den Koranvers (4/34), dass Männer den Frauen überlegen sind. Ich behandle meine Frau als ebenbürtig und das gehört auch zur kulturübergreifenden Leitkultur.

Einleitend zur zweiten Idee dies: Ich spreche fünf Sprachen, aber unter diesen fünf Sprachen liebe ich Deutsch am meisten. Deutsch ist der Grund, weshalb Adorno und ich nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die Zuneigung zur deutschen Sprache hängt mit der Differenzierungsmöglichkeit im Denken der deutschen Sprache zusammen. In der deutschen Sprache kann man ein Verb sinngemäß verändern, wenn man die Vorsilbe ändert. Nach dieser Vorbemerkung lege ich meinen zweiten Gedanken dar: Es gibt den Unterschied zwischen Einwanderung und Zuwanderung. In diesem Sinne lässt sich sagen, Deutschland sei ein Zuwanderungsland und Amerika ist ein Einwanderungsland. Im Englischen nennt man Einwanderung

„regulated and controlled migration“, das ist das, was in Amerika, Kanada und Australien passiert. Im Gegensatz zu dieser Einwanderung ist Zuwanderung unregulierte, also naturwüchsige Migration, eine Grenzöffnung ohne Regeln und ohne jegliche Differenzierung.

Für die Einordnungen von Menschen, die ein für sie fremdes Gebiet betreten, gib es sechs Kategorien, für deren Auflistung hier kein Raum besteht. Alle Newcomer werden in Deutschland trotz großer Unterschiede als Asylsuchende erfasst, aber das ist zu undifferenziert. Ich nenne als Beispiel Leute, die aus meiner Heimat hierherkommen. Für deren Schutz bin ich dankbar, aber dies ist eine humanitäre Maßnahme, keine Einwanderung. Es ist auch keine Einwanderungspolitik, politisch Verfolgte aufzunehmen. Asyl ist Völkerrecht, aber keine Einwanderung. Für Deutschland sind alle Asylbewerber und deshalb ist es wichtig, zu unterscheiden und zu differenzieren. In der Diskussion sollte das auch eine Rolle spielen. Die deutsche Sprache soll gewürdigt werden, besonders weil sie solche Differenzierungen erlaubt.

„ALLE NEWCOMER WERDEN IN DEUTSCHLAND TROTZ GROSSER UNTERSCHIEDE ALS ASYL-SUCHENDE ERFASST, ABER DAS IST ZU UNDIFFERENZIERT.“

Mein dritter Gedanke in dem vorliegenden thematischen Kontext ist der Platz des Islam angesichts der Tatsache, dass 95% der Flüchtlinge Muslime sind. Wie mehrfach erwähnt bin auch ich Muslim. Ich bin auf dem Schoß meiner Mutter in Damaskus bereits mit drei Jahren alphabetisiert worden und zwar am Text des Korans. Mit sechs Jahren konnte ich den Text des Korans auswendig und deshalb trage ich den Titel Häfiz, den ich in Damaskus mit sechs Jahren bekommen habe. Ein Häfiz ist jemand, der den Koran auswendig kann. Ich kam als eine Mischung aus konservativem Muslim und revolutionärem Panarabisten 1962 nach Deutschland. In Frankfurt habe ich Sozialwissenschaften und Philosophie bei Adorno, Horkheimer und Fetscher studiert. Ich bin mit einer islamischen Weltanschauung nach Frankfurt gekommen, auch als Antisemit, weil dort Judenhass zur Schulbildung gehört. Zwei Personen haben mir den Kopf gewaschen,

die für mich Heilige sind und beide sind Juden: Adorno und Horkheimer. Beiden verdanke ich, dass ich mich vom Antisemitismus befreit habe. In diesem Geiste habe ich meine Karriere als Senior Fellow for the Study of Antisemitism am Forschungsinstitut *Center for Advanced Holocaust Studies* (CAHS) des US Holocaust Museums in Washington D.C. 2010 beendet. Vermutlich sind achtzig Prozent der Syrer, die nach Deutschland kommen, von ihrer Erziehung her Antisemiten. Sie können nichts dafür, das ist die politische Kultur, in der sie – wie ich auch bis 1962 – sozialisiert worden sind. Sie stehen morgens auf und in der Schule sagt man ihnen bereits: Die Juden betreiben eine Weltverschwörung gegen den Islam, wir müssen gegen sie kämpfen. So bin ich aufgewachsen, das hat sich nicht geändert. Deutsche, die dieser empirisch solide fundierten Information mit den Vorwürfen „Flüchtlinge stereotypisieren“ oder „Islamophobie“ begegnen, sind Antiaufklärer, weil sie Aufklärung über den neuen Antisemitismus aus Nahost verhindern.

Nach diesen persönlichen Bezügen zum dritten Gedanken komme ich nun zum Kerngedanken, nämlich dem Platz des Islam als eine Dimension unserer Problematik. Ich habe den Islam als Religion, als Weltanschauung in Damaskus verinnerlicht und ich habe in Frankfurt auch Islamwissenschaft im Nebenfach bei Prof. R. Sellheim studiert, aber mein akademisches Hauptaugenmerk lag auf der Soziologie und der Philosophie. In Frankfurt habe ich Religionskritik als Aufklärung gelernt, und in den USA habe ich zudem gelernt, den Islam sozialwissenschaftlich als gesellschaftliche Realität, nicht philologisch (so wie dies in der deutschen Islamwissenschaft getan wird) zu studieren. In den vergangenen vier Dekaden habe ich deshalb eine neue Wissenschaft gegründet, die als Alternative zur traditionellen Islamwissenschaft gilt, nämlich die Islamologie. Die Islamologie ist eine sozialwissenschaftlich-historische Erforschung des Islams, wohingegen die Islamwissenschaft eine Philologie der islamischen Welt plus Kulturwissenschaft ist. Die Integration der Flüchtlinge, die bis zu 95 Prozent aus der Welt des Islam kommen, hat eine islamische Dimension! Ich habe hierfür das Konzept des Euro-Islam als Integrationskonzept entwickelt. 2016 habe ich in meinem Cicero-Artikel „Ich kapituliere“ nicht die Idee begraben, sondern allein die Illusion aufgegeben, dass sie Realität wird. Ich halte fest: Ein Europa mit einem großen muslimischen Segment in der Wohnbevölkerung kann nur überleben, wenn die Muslime, die hier leben, Europäer im Sinne von Citoyen werden und auf Islami-

sierung verzichten. Europäer sollen nicht per Zwang, sondern durch einen Reformislam die Aneignung einer europäischen Form des Islams fördern.

Zum dritten Thema, also zum Platz des Islam in der anstehenden Debatte, gehört etwas, was mich als Orientale, ich bin ehrlich, zur Weißglut bringt: Der Vorwurf der „Islamisierung der Debatte“, den das Ehepaar Münkler in seinem Buch „*Die neuen Deutschen*“ erhebt. Also wenn man über Islam redet, wird das von den Münklers als „Islamisierung der Debatte“ diffamiert. Wer das tut, wird als schändlich inkriminiert und sogar in die Nähe der AfD geschoben. Ich bin Muslim und für uns ist der Islam das A und O. Der Islam fließt in unserem Blut, aber einen Eintopf-Islam gibt es nicht. Der Begriff „Islamisierung der Welt“ (Dar al-Islam) gehört zum islamischen Glauben, ist aber auch ein – wie ich zeigen werde – wissenschaftlicher Begriff, der in Projekten an US-Elite-Universitäten seriös verwendet wird.

An der University of Berkeley haben wir das Projekt „Islam and the changing identity of Europe“ 1998-2000 durchgeführt und dort habe ich gesagt, es wird entweder ein „euroislam“ oder ein „islamic europe“ geben. Das ist auch der Titel des Berkeley-Buches. Zudem habe ich die Formel „europeanization or islamization“ an der Cornell University geprägt. Dies sind die Alternativen. Bis zu meiner Pensionierung war ich parallel zu Cornell an der Stanford University mit einem Forschungsprojekt beschäftigt, in dem wir den Begriff der Islamisierung benutzt haben. Nochmals: Das ist ein wissenschaftlicher Begriff, aber auch ein religiöser Begriff. Ich habe schon als Kind in Damaskus den missionarischen Glauben gelernt, dass unsere Religion nicht nur für uns, sondern für die ganze Menschheit da ist. Deshalb ist ein Bestandteil des Islam sein Universalismus.

Das Ziel einer Islamisierung der Welt ist ein Bestandteil der islamischen Religion. Nochmals: eine Islamisierung der Welt ist genuiner und inhärenter Teil des islamischen Glaubens. Das hat mit Pegida und mit Populismus nichts zu tun, erst recht nicht mit dem, was die Münklers als „Islamisierung der Debatte“ verschmähen.

In diesem Kontext möchte ich den Unterschied zwischen zwei Disziplinen aufzeigen: Ich habe einen Artikel über den Unterschied zwischen Islamwissenschaft und Islamologie geschrieben. Ein leitender Redakteur sagte zu mir: Herr Tibi, sie benutzen Fremdwörter, Islamwissenschaft klingt doch besser als Islamologie. Ich habe gesagt, Islamologie ist kein Fremdwort für Islamwissenschaft, sondern eine andere Wissenschaft.

Das Problem der deutschen Islamwissenschaft ist – gesprochen nach dem Urteil einer meiner liebsten deutschen Denker, nämlich Helmuth Plessner, der die Deutschen wie nachstehend charakterisiert –, dass sie „kein rechtes Maß finden“. Von Plessner stammt auch der Satz: „Die Deutschen pendeln zwischen den Extremen“. Ich möchte dieses Urteil des „deutschen Pendelns zwischen den Extremen“ am Beispiel der Islamwissenschaft veranschaulichen. Das können Sie in meinem Cicero-Artikel „*Wir Muslime sind doch normale Menschen*“ nachlesen. Das ist wichtig für die dritte Idee, also dem Platz des Islam in der Problematik.

EUROPÄER SOLLEN NICHT PER ZWANG, SONDERN DURCH EINEN REFORMISLAM DIE ANEIGNUNG EINER EUROPÄISCHEN FORM DES ISLAMIS FÖRDERN.

Die deutsche Islamwissenschaft ist an der Humboldt Universität Berlin entstanden; ihr Begründer namens Carl Heinrich Becker war ein Rassist, weil er in seinem Buch *Islamstudien* den Muslim als „homo islamicus“ rassenpsychologisch definiert. Wir Muslime sollen uns hierdurch von anderen Menschen rassenpsychologisch unterscheiden. Auf dieser Grundlage meint C.H. Becker, dass Muslime es nicht so weit bringen wie Europäer. Das war Anfang des 20. Jahrhunderts in Berlin und heute gibt es in Deutschland das Gegenextrem: ein Professor namens Thomas Bauer hat ein Buch geschrieben mit dem Titel *Kultur der Ambiguität*. Darin geht er von einem Extrem, nämlich der Verteufelung der Muslime als „Gewaltmenschen“, zum anderen Extrem der Verherrlichung der Muslime als Super-Kerle der Ambiguität, also als edle Wilde, zudem sei der Muslim dem Europäer als bisexueller Lover überlegen. Beide Extreme sind deutsche Projektionen in uns Muslime. In einem Cicero-Online-Artikel – unter dem Titel *Wir Muslime sind doch normale Menschen* vom 25.09.2016 – argumentierte ich gegen beide Extreme der deutschen Islamwissenschaft.

Beckers Buch *Islamstudien* ekelt mich als Muslim an – so fühle ich es aufrichtig –, genauso wie jenes mit der uns zugeschriebenen *Kultur der Ambiguität*. Bauer

projiziert seine Phantasien über den Islam in uns. Wissen Sie, ich habe nie Freiheit im Orient erlebt, erst in Deutschland kam ich in diesen Genuss. Wie Bauer zu behaupten, der Muslim sei deshalb ein freier Mensch, weil er die freie Wahl zwischen Mann und Frau hat bei Erfüllung seiner sexuellen Begierde, ist völliger Unfug. Weder ist der Muslim ein bisexueller Lover noch hat er eine freie Sexualität im Orient; nach Bauer soll Ambiguität im Orient Freiheit heißen. Und diese Kultur der Ambiguität sei der europäischen Kultur überlegen. Also wir Muslime sollen besser als die Europäer sein. Das ist der Übergang von einem Extrem der Verteufelung zum anderen der Verherrlichung. Und nun kommt es zu einem weiteren dritten Extrem mit der unglaublichen Behauptung, der Islam spiele keine Rolle, also bei der Erklärung der Migrationsprobleme habe der Islam keinerlei Relevanz. Wer sich daran nicht hält, ist „rechts“. Das steht im Buch „Die neuen Deutschen“ des Ehepaars Münkler. Entweder Verteufelung oder Verherrlichung des Islam oder dessen vollkommene Abschaffung. Ich fasse zusammen: Für den ersten Fall der Verteufelung steht das Buch von C.H. Becker, für den zweiten Fall der Verherrlichung Thomas Bauer, für den dritten Fall der Abschaffung des Islam steht Münklers *Die neuen Deutschen*. All diese Bücher sind deutsch und ideologisch, sie verdunkeln statt zu informieren. Der Islam der Muslime ist nicht der Islam, den diese Bücher zum Gegenstand haben.

Der vierte Gedanke wird von der Frage geleitet: Was wissen die Deutschen über den Islam? Ich bin einmal im Deutschlandfunk interviewt worden. Der Reporter fragte mich, ob ich für den Islamunterricht sei und ich antwortete: natürlich bin ich für den Islamunterricht. Hauptsächlich für deutsche Kirchenleute und deutsche Politiker. Er sagte, ich hätte seine Frage nicht verstanden, woraufhin ich ihm versicherte, seine Frage sehr gut verstanden zu haben. Islamunterricht heißt, wie Muslime sozialisiert werden und das bestimmen Deutsche für uns, also deutsche Kirchenväter und Politiker. Wenn diese keine Ahnung vom Islam haben – und dies ist der Fall – dann sollten auch sie Islamunterricht bekommen, damit sie lernen welcher Islamunterricht an deutschen Schulen integrationsdienlich ist und welcher die Integration verhindert.

Nun komme ich zum fünften Gedanken über die Akteure der Integration. Mit wem arbeiten wir zusammen? In Deutschland gibt es keinen Eintopf Islam, es gibt zurzeit 6,5 Millionen Muslime. Der berühmteste Verband in Deutschland, der die Vertretung der Muslime beansprucht, ist der Zentralrat der Muslime. Dieser vertritt

aber nicht mehr als 40.000 von 6,5 Millionen Muslimen in Deutschland. Das ist eine statistische Größe nach den Moscheen, die dieser Rat unter sich hat, aber wir sind, wie gesagt, 6,5 Millionen Muslime. Warum reden Politiker dann mit dem Zentralrat der Muslime, wenn es um den Islam geht? Warum treten Islam-Funktionäre als Islam-Vertreter in deutschen Medien auf, wenn ihnen die Legitimation dazu fehlt?

Integration bedeutet, dass die nach Europa zugewanderten Muslime Europäer werden im Sinne von Citoynen als Mitglieder eines Gemeinwesens. Es gibt kein deutsches Wort für Citoynen, denn ein Staatsbürger ist Passträger, also kein Citoynen. Ich bin „Syrier mit einem deutschen Pass“ und damit ein Staatsbürger. Aber Citoynen heißt, ich bin Mitglied der demokratischen Gesellschaft des Gemeinwesens. Ich habe im Philosophie-Studium bei Rousseau gelesen, wonach ein Citoynen kein Christ sei. Analog ist ein Citoynen nicht Muslim, nicht Jude oder Atheist. Bei Rousseau ist ein Citoynen das Mitglied eines Gemeinwesens, ein Bürger. Und dafür kämpfe ich seitdem ich einen deutschen Pass habe, leider ohne Erfolg, weil die politische Kultur, die dazu gehört, in Deutschland fehlt. In Deutschland Citoynen zu werden, erfordert eine neue politische Kultur, an der Deutsche und Muslime gemeinsam arbeiten müssen, eine europäische Leitkultur der Citoyneneté so wie sie Francis Fukuyama oben beschrieben hat. Das Buch *Die neuen Deutschen* des Ehepaars Münkler trägt nicht zu einer Entwicklung in diese Richtung bei.

Die sechste und letzte Gedanke bezieht sich auf eine vielgestellte Frage, sie lautet: Wie viel Islam kann Deutschland verkraften? Diese Frage ist jedoch schlicht falsch. Ich habe in 22 islamischen Staaten gearbeitet und ich habe dort nur Vielfalt gesehen, eine sehr große Vielfalt. Auf dieser Grundlage sage ich, den Eintopf-Islam gibt es nicht. Das gibt es nur in den Köpfen der Kirchenväter in Europa, die eine einheitliche islamische Kirche sehen wollen, nicht aber bei uns. Die Frage muss deshalb eher lauten: Nicht wie viel Islam verträgt Deutschland oder Europa, sondern welcher Islam ist europa-kompatibel?

Entgegen dem in Deutschland über den Islam dominierenden Vorurteil gab es zwischen dem 9. und 13. Jahrhundert einen Islam der Aufklärung. In der Süddeutschen Zeitung hat ein deutscher Islamwissenschaftler geschrieben: Die Muslime brauchen weder Reformation noch Aufklärung, sie haben ja ihre „Kultur der Ambiguität“. Ich widerspreche heftig: Wir brauchen Aufklärung und wir hatten auch eine solche: Ibn Rushd

(1126-1198) lebte im zwölften Jahrhundert, er ist unser Immanuel Kant; im 20. Jahrhundert hat Mohammed Abed al-Jabri (gestorben 2010) dessen Tradition fortgesetzt. Zu meinen akademischen Lehrern, auf die ich sehr stolz bin, gehören nicht nur Adorno und Horkheimer, sondern auch Habermas. Sein bestes Buch heißt *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Er fragt darin, was Aufklärung sei und antwortet hierauf mit einem Kant-Zitat. „Aufklärung ist, wenn die Vernunft die höchste Gerichtsinstanz wird, vor der man alles zu rechtfertigen hat, was Geltung beansprucht.“ Die meisten Europäer wissen nicht, dass sich ein ähnlicher Gedanke – nämlich der des Primats der Vernunft – bei Ibn Rushd aus dem zwölften Jahrhundert finden lässt. Wir hatten eine Aufklärung. Es gab auch Ansätze zu einer Reformation im Sufi-Islam; alle sind früher vom orthodoxen Fiqh-Islam unterdrückt worden und werden heute vom Islamismus unterdrückt. Unsere Zivilisation lebt heute im Dunklen und dieses Dunkle kommt heute nach Europa durch Migration und findet als Islamismus Anerkennung im Namen eines undifferenzierten Respekts für andere Kulturen. Und Europäer nehmen das auf im Namen der Toleranz. Sollte ich hierfür zynisch sagen: Gratulation!, eben für diese falsche Toleranz oder ehrlich und angemessen: ich bedaure Sie für Ihre Naivität und Ignoranz? Im Deutschlandfunk habe ich in einem Interview über den Islam-Unterricht gesagt, dieser sei in Deutschland besonders für Deutsche ein „Muss“, damit sie besser wissen, worüber sie reden, wenn der Islam das Thema ist. ■

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. DIE WELT vom 18.10.2016, S. 5.

Der Text gibt die Auffassung des Verfassers wieder. Weder die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) noch die Brost-Stiftung machen sich diese durch den Abdruck zu Eigen.

Als An-Institut der Universität Bonn verfolgt die **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) GmbH** unter der Leitung ihres Präsidenten, Prof. Bodo Hombach, das Ziel einer engeren Vernetzung zwischen wissenschaftlicher Forschung und beruflicher Praxis in Politik, Wirtschaft und Medien. Sie will neuartige Foren des Dialogs schaffen und mittels eines konsequenten Praxisbezugs als innovativer „Think Tank“ an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, praktischer Politik und wirtschaftlichem Handeln auftreten. Hierzu organisieren wir regelmäßig Lehrveranstaltungen und Expertenworkshops sowie große öffentliche Diskussionsveranstaltungen. In der Vergangenheit durften wir unter vielen anderen bereits Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Malu Dreyer, Christian Wulff sowie Gerhard Schröder und Jean-Claude Juncker begrüßen. Des Weiteren führen wir Forschungsprojekte zu aktuellen Themen durch und veröffentlichen unsere Forschungsarbeit regelmäßig in unterschiedlichen Publikationsformaten. Jährlich veranstaltet die Bonner Akademie darüber hinaus internationale Foren mit bekannten Wissenschaftseinrichtungen in den USA, China und Frankreich.



www.bapp-bonn.de



www.facebook.com/bapp.bonn



www.twitter.com/BonnerAkademie



Brost
Stiftung

BA PP
BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK